Plutus

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | B lin, den 24. November 1915. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Bibliothek d r Handels… …sberg i. Pr.

Mitteleuropa.

Der Krieg hat innerhalb von ahresfrist Dinge möglich gemacht und noch n r Dinge möglich erscheinen lassen, bei deren E ähnung man vor noch nicht langer Zeit als un ilbarer Phantast verschrieen wurde. Wer uns r dem Kriegsausbruch von Brotkarten, Mil arten und Zwangsenteignungen auf allen mö chen Gebieten zu sprechen gewagt hätte, wie äre der gelästert und bespöttelt worden! Die rot- karte, die Milchkarte und die Zwangsenteig ng sind nun da, und die Welt ist nicht aus n Angeln gegangen. Alle diese Maßnahmen s Krieges werden — das ist schon ziemlich sic — mit dem Friedensschluß nicht spurlos ve schwinden. Vielleicht die Dinge an sich, abe ihre Spuren werden sich in unserer Wirtschaf sicher hinterlassen. Dabei sind alle diese Maßnahmen viel einschneidender gewesen, als manches andere, was vor dem Kriege prophezeit und gedacht war und damals auch mit überlegenem Lächeln abgetan wurde. Ich habe seit mehr als einem Jahrzehnt im Plutus die Idee eines mitteleuropäischen Zollvereins vertreten. Die Idee stammte nicht von mir, ich fand sie vor. Freunde meiner Wirtschaftsauffassung hingen ihr an. Und ich lieh ihr meine Feder, weil ich je länger desto mehr zur Ueberzeugung kam, daß der Weg von enger Zollbeschränkung zu größerer Freiheit nicht durch die Abschaffung aller Zölle, sondern nur durch die allmähliche Ausweitung der Zollgrenzen gangbar gemacht werden konnte. Auf diesem Weg mochten sich Freihändler und Schutzzöllner treffen: Der Schutzzöllner sah das Prinzip gewahrt, an dem er hing, und der Freihändler konnte in der Ausweitung der Zollgrenzen einen Schritt sehen, der in letzter Konsequenz zur Aufhebung aller Zölle zu führen geeignet war. Denn rein theoretisch gedacht, konnte man sich sehr wohl vorstellen, daß eines schönen Tages die Zollmauer einen so großen Teil des Erdballs umspannte, daß die praktische Wirkung des Zollschutzes gleich Null war.

Trotzdem daß der Gedanke theoretisch durchaus plausibel war, begegnete er, wenn man sich überhaupt die Mühe nahm, ihn zu prüfen, starken praktischen Bedenken. Wo in aller Welt sollten die Staaten zur Bildung einer solchen Wirtschaftsgemeinde herkommen. Schon bei unsern engsten Nachbarn standen die Aussichten schlimm. Oesterreich wollte lange nichts von solcher Idee hören. Die Gegnerschaft in Ungarn war andauernd stark, Frankreichs Volksstimmung und Zollabgeschlossenheit ließen einen Anschluß undenkbar erscheinen. Und in Deutschland selbst schreckte vielfach gerade die Bereitwilligkeit mancher Gruppen in den Nachbarländern teils landwirtschaftliche, teils industrielle Interessenten ab. Nun hat der Krieg auch hier plötzlich auf die Geister reformierend gewirkt. Er hat allerdings auch vielfach Tatsachen geschaffen, die die Durchführung eines großen, uropäischen Zollvereins besser stützen, als die in theoretische Gründung von früher. Der ieg hat uns gelehrt, daß die allzu einseitige entierung unserer weltwirtschaftlichen Inter- nach der Seeseite uns unberechenbare E den und Nöten im Kriegsfalle bereiten kann. ge t uns gezeigt, wie notwendig es ist, ein scha tes, geschlossenes Wirtschaftsgebiet zu fahr für das es kein Abschneiden von Zu- Blick ßen gibt. Der Krieg zwang uns, den wend n Westen wieder nach dem Osten zu Bunde Gleichzeitig wurde unser Nachbar und lichen osse darauf hingestoßen, welche reichkräfte n ziellen und organisatorischen Hilfs- andererf hm zu bieten vermochten, während namentli wir einsahen, welche Subsidien Organisat Bodenprodukten bei verständiger Ungarn z uns Oesterreich und namentlich keimte unt leten vermochten. Immer mehr empor, den n Besten von uns jener Gedanke über Mittele rich Naumann in seinem Buche formuliert: a in seiner glänzenden Art so ammen haben wir im Kriegs-

wirtschaftsgefängnisse gesessen, zusammen haben wir gekämpft, zusammen wollen wir leben!"

Während des ersten Teiles des Krieges haftete trotzdem dem Gedanken eines mitteleuropäischen Wirtschaftszusammenschlusses mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn als Kern noch immer etwas nur Wunschmäßiges an. Die Notwendigkeit ergab sich nur für real gestimmte Seelen, die nach gemeinsamen Kämpfen nun nicht auseinanderlaufen wollten. In Deutschland trugen die Idee in erster Linie wirklich nur Idealisten mit sich herum. In Oesterreich machten sich die Politiker mit ihr vertraut, die von der Durchdringung mit deutschem Wesen eine lebenskräftige Reform der österreichischen Verwaltung und österreichischen Volkstums erhofften. Einzig in Ungarn waren realpolitische Erwägungen maßgebend. Man versprach sich hier von der Aufnahme in eine große zollgeschützte Wirtschaftsgemeinschaft erweiterten Absatz der Agrarprodukte und die sehnsüchtig erstrebte Schaffung einer nationalen Industrie unter Fortfall der schlecht bewährten Methode starker substaatlicher Subventionen.

So lagen die Dinge, als der Krieg noch im ersten Stadium war. Inzwischen ist die Türkei und Bulgarien in die politische Bundesgemeinschaft eingezogen worden. Beide Mächte sind letzten Endes nicht bloß aus politischen Erwägungen, sondern auch um wirtschaftlicher Zukunft-Vorteile willen dem Bunde beigetreten. Vor allem aber: Uns selbst ist damit der handelspolitische Horizont nach Osten geweitert. Mag das Reich von der Nordsee bis Bagdad in staatsrechtlicher Hinsicht eine Utopie sein. Wirtschaftlich werden wir dieses Reich zu beackern haben. Und damit ist ein Dauerbündnis zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn nicht mehr eine Wunschforderung, die erfüllt [illegible] werden kann oder nicht, sondern eine politisch[illegible] Notwendigkeit geworden. Eine politische, nic[illegible] mehr nur eine handelspolitische. Wenn uns[illegible] Wirtschaft die Wendung nach Osten für [illegible] Zukunft nehmen soll, so verspricht das Er[illegible]olg nur unter der Bedingung, daß der Weg [illegible] für alle Zukunft frei bleibt. Oesterreich mu[illegible] die feste Brücke für uns zum Balkan bilde[illegible] Es darf nicht an die Möglichkeit gedacht [illegible]rden, daß diese Brücke einmal aufgezogen [illegible]d dadurch der Weg versperrt werden kann. [illegible]eshalb muß vom deutschen Interesse aus De[illegible]tschland und Oesterreich dauernd verbunde[illegible] bleiben. Dasselbe Interesse hat Oesterreich. [illegible]us zwei Gründen: Es kann die Kraft, [illegible]e eigene Industrie zu entwickeln, nur von [illegible]eutschland aus empfangen. Organisatorisch u[illegible]o finanziell. Vor allem aber, es kann das b[illegible]anische und osmanische Hinterland, das für [illegible]e Industrieabsatzgebiete verspricht, nur er[illegible]lten, solange wie es Schulter an Schulter [illegible]t Deutschland verknüpft und verbrüdert mit [illegible]m steht. Das deutsche Prestige sichert ihm [illegible]n Schutz gegen russische Ränke auf dem Balk[illegible] ebenso, wie es dem deutschen Einfluß gelun[illegible] ist, die Gegnerschaft, die gegen Oesterreic[illegible]n der Türkei geherrscht hat, zum Schweigen zu bringen. Politisch und handelspolitisch sind somit die Zukunftsinteressen Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns fest ineinander verankert. Und man tut gut, diese Zukunft gerade jetzt vertraglich festzulegen und sie vor willkürlichen Strebungen, die später einmal auftauchen könnten, sicher zu stellen.

Von ungarischer Seite ist diese Notwendigkeit bereits klar umschrieben worden. In einer kleinen Schrift, die demnächst erscheinen wird, hat der ehemalige ungarische Staatssekretär Erz. Josef Szterenyi die folgenden Sätze niedergelegt: „Die möglichste wirtschaftliche Annäherung ist ein Gebot [illegible] Notwendigkeit, sie muß erfolgen, darüb[illegible] in Zweifel mehr bestehen . . . [illegible] daher nur mehr sein, in wel[illegible] mit welchem Inhalt die Annäherung erfolgen soll, welche Lösung die sicherste Gewähr für eine rasche Erledigung bietet, und welche überhaupt realisierbar ist." Die Sätze bezeichnen das Programm der Beratungen, zu denen demnächst die Vorstände der deutschen und österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbände in Dresden zusammenkommen werden.

Der Streit geht also nur noch um die Form. Und die beiden feindlichen Parolen lauten: Hie Zollbund — hie Zollunion. Den Zollbund denkt man sich dergestalt, daß die gegenseitigen Zolltarife einander angenähert, daß von den beteiligten Staaten einander besondere Vorzugsbedingungen und Vorzugszölle eingeräumt werden, und daß die handelspolitisch verbündeten Staaten, zu denen sich später zunächst Bulgarien und die Türkei, dann aber vielleicht auch noch andere gesellen werden, bei Handelsvertragsverhandlungen mit Dritten gemeinsam auftreten. Das Wesen der Zollunion dagegen besteht darin, daß die verbündeten Staaten ein zollpolitisches Ganzes bilden. Die einzelnen Teile sollen ihre Wirtschaft individuell eventuell noch auf längere Zeit durch Zwischenzollinien wahren. Die Folge der Unionsverfassung wäre natürlich, daß bei Handelsvertragsverhandlungen mit Dritten nicht eine Anzahl von verbündeten Staaten gemeinsam, sondern die Union durch ihre Vertreter allein als Einheit auftritt. Die Furcht vor tödlicher Nivellierung hat den Wunsch nach dem Fortbestand der nationalen Zollgrenzen gezeitigt. Und der Wunsch nach nationalen Zollgrenzen hat wieder zur Folge gehabt, daß der Unionsgedanke stark in den Hintergrund gedrängt worden ist zugunsten der Idee eines bloßen Zollbundes. Ich will ganz ununtersucht lassen, ob die Kompromisse berechtigt oder gar notwendig sind. Ich möchte aber nachdrücklich vor der Folgerung warnen. Denn gibt man dem Ganzen die Form eines Zollbundes, so werden die ungeheuerlichsten Schwierigkeiten geschaffen. Ohnehin sind für zukünftige Handelsvertragsverhandlungen die Schwierigkeiten im Bündnisfall vermehrt. Die Vorbereitungen werden mit peinlichster, zeitraubender Sorgfalt getroffen werden müssen. Aber es gibt gewisse Schwierigkeiten, die überhaupt gar nicht zu über-

winden sein werden. So gefährlich wie die Meistbegünstigungsklausel werden kann, wenn sie nicht von festen Tarifverträgen begleitet ist, so nützlich ist sie, im Rahmen von Handelsverträgen mit Tariffestlegungen. Welcher Staat, der mit Deutschland oder mit Oesterreich-Ungarn in Zukunft Tarife schließen soll, wird es sich gefallen lassen, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich gegenseitig eine größere Begünstigung gewähren und diese gegenseitige Begünstigung den Vertragsstaaten nicht zugestehen? Gewiß gibt es einzelne Handelsverträge mit bedingter Meistbegünstigungsklausel. Aber wir werden in Zukunft ebenso wie Oesterreich-Ungarn dauernd solche abschließen müssen. Und ich kann mir nicht denken, daß die Annahme solcher bedingten Klauseln sich glatt vollziehen sollte, ohne daß wir letzten Endes schlechtere Bedingungen einhandeln. Ganz anders liegen die Dinge im Fall der Zollunion, wo namens der Union einheitlich verhandelt wird. Ob die Union in interner Verrechnung die vom Ausland her verzollte Ware frei durch ihr ganzes Gebiet rollen läßt, oder ob und wo sie Schlagbäume einrichtet und Akzise erhebt, das geht den außenstehenden Dritten garnichts an. Wenn es heute dem Deutschen Reiche beliebte, zwischen den einzelnen Bundesstaaten Zollschranken zu errichten, so könnte es das, unbeschadet der Rechte Dritter, jederzeit genau so gut tun, wie die Aufrichtung der Zwischenzollinie zwischen Ungarn und Oesterreich, die lange erstrebt wurde, den Vertragsgegner der Doppelmonarchie höchst gleichgültig sein können. Daher scheint mir annehmbar nur die Form der Zollunion, mag sie im Innern nach den praktischen Bedürfnissen der einzelnen Beteiligten ausgestaltet sein, wie sie will.

Gegen die Form der Zollunion habe ich einen Einwand, dessen Kleinlichkeit äußerst charakteristisch ist. Die Oesterreicher sagen (und die Ungarn auch), wir wollen, wenn wir den Zollbund gegründet haben, nicht etwa unter allen Umständen mit Deutschland verhandeln. Wenn das Deutsche Reich mit irgendeinem exotischen Staat einen Handelsvertrag schließt, so sind wir daran ja ganz uninteressiert. Wir haben bisher nicht in jene Fernen expediert und wir wollen uns auch in Zukunft bescheiden. Wieviel Kleinbürgertum liegt in solcher Beweisführung! Gewiß ist der Außenhandel des Deutschen Reiches bisher erheblicher gewesen, als in der Nachbarmonarchie. Aber muß das bis in alle Ewigkeit so bleiben?

Es soll ja Neues geschaffen werden. Oesterreich und Ungarn sollen im Bunde mit Deutschland in der Wirtschaftsunion enger an die Weltwirtschaft angeschlossen werden als bisher. Es handelt sich durchaus nicht nur darum, die Produkte der drei Verbündeten untereinander schneller und umfangreicher auszutauschen, sondern jeder soll mit dem andern wachsen. Oesterreich und Ungarn sollen ihre Industrien verstärken und vermehren und sollen in regere Wechselbeziehung zum Erdball und auch zu solchen Ländern treten, mit denen Verbindungen bisher garnicht bestanden. Man muß die Entwickelungsmöglichkeiten mit den Augen des Großunternehmers, nicht aber mit den Augen des Kleinkrämers betrachten.

Solche Kurzsichtigkeit scheint mir aber das Haupthindernis zu sein, das sich bisher dem Projekt entgegengestellt hat. Man arbeitet in den Beratungen und Erwägungen viel zu viel mit den Ziffern der Statistik. Und nun rechnet jeder sorgfältig aus, was er bisher gehabt, umgesetzt und verdient hat. Und jeder glaubt, daß der Nachbar in seine Hürde einbrechen und ihm von seiner Habe etwas fortnehmen will. So marschieren die Interessengruppen und die verhandelnden Staaten gegeneinander auf. Aber man mache sich doch endlich einmal klar: die statistischen Zahlenreihen bilden gewissermaßen gefrorene Vergangenheit. Sie sagen uns, was gewesen ist. Aber sie bilden keine irgendwie geeignete Grundlage zur Schätzung von Zukunftswerten. Und neue Zukunftswerte sollen doch geschaffen werden. Mich erinnert dieser kleinliche Streit der Zahlenmenschen immer an gewisse bedauerliche Rechnungsmethoden des Fiskus. Wenn wir von unserem Reichspostsekretär eine Herabsetzung des Portosatzes oder von unserem Eisenbahnminister eine Ermäßigung der Tarife verlangen, dann kommt er mit seinem Hauptbuch und beweist uns, daß er bisher x Mark eingenommen habe, und wenn er nun in Zukunft einen billigeren Satz nur erheben darf, so würde er in Zukunft nur noch $x - n \cdot y$ einnehmen. Auf Grund der Statistik ist diese Berechnung durchaus richtig. Aber sie berücksichtigt nicht den stärkeren Impuls, den der Verkehr durch den ermäßigten Satz empfängt und der schließlich im Gesamtresultat ein ganz erhebliches Plus hervorbringen kann. Es ist natürlich garnicht ausgeschlossen, daß ein paar einzelne Unternehmungen in diesem neuen Teil der Union leiden könnten. Aber darauf kommt es garnicht an. Das Gesamtresultat muß ausschlaggebend sein. Wird Ungarn in seiner Gesamtheit reicher und größer, so wird Oesterreich in seiner Gesamtheit reicher und größer. Und endlich: Wird das Deutsche Reich an Reichtum und handelspolitischer Machtfülle gewinnen? Das sind die Fragen, die beantwortet werden müssen. Kann man sie bejahen, dann muß der Bund geschlossen werden.

Diese Fragen zu beantworten ist aber nicht möglich an der Hand des Vergangenheitsausweises, den die Statistik bietet. Um sie zu beantworten, muß man staatsmännische Phantasie aufweisen. Deshalb scheint es mir auch gefährlich, in dieser Angelegenheit Interessenten und Interessenten das große Wort führen zu lassen. Die sehen kaum über die eigene Fabrik, ganz selten aber über den Interessenbezirk ihrer Ortschaft oder ihrer Branchen hinaus. Sie sind vollends nicht imstande, politische Notwendigkeiten zu beurteilen. Und um ernste politische Notwendigkeiten handelt es sich hier. Auf nicht mehr und nicht weniger kommt es an, als darauf, zu verhüten, daß der schwer erkämpfte Sieg folgenlos zerflattert.

Höchstpreis und Wucherpreis.

Von **Dr. Heinz Potthoff**-Düsseldorf.

Die Bundesratsverordnungen, die sich in immer steigender Zahl und mit immer steigender Schärfe gegen das Hinaufgehen der Preise aller möglichen Bedarfsgegenstände wenden, verfolgen zwei verschiedene Zwecke. Sie wollen einerseits allgemein den Preis bestimmter wichtiger Waren an eine Höchstgrenze binden, anderseits vermeiden, daß die Kriegsnot als Konjunktur rücksichtslos ausgenützt, ein Teil des Volkes vom anderen ausgebeutet wird. Diese beiden Zwecke und die ihnen dienenden Mittel sind zu unterscheiden, sonst wird das wirtschaftliche Ziel einer Versorgung des Volkes zu erträglichen Preisen nur unvollkommen und das moralische Ziel einer Hinderung des Wuchers als einer Verkehrssitte gar nicht erreicht. Das Hauptmittel des wirtschaftlichen Ausgleichsstrebens ist die Festsetzung von Höchstpreisen, verstärkt durch Verkaufszwang, Enteignung, Beschlagnahme. Das Hauptmittel der moralischen Erziehung ist die Bundesratsverordnung vom 23. Juli gegen unberechtigte Preissteigerungen, die im Grunde nur eine Erweiterung und Erläuterung des Wucherparagraphen im allgemeinen Strafgesetzbuche ist. Im Einzelfalle führen die beiden Vorschriften zu einem sehr verschiedenen Ergebnis. Der Höchstpreis ist durchaus *nicht* stets der angemessene Preis, der von *jedem* gefordert werden soll — oder auch nur darf, sondern er kann ein ganz unangemessener Preis sein, nach unten und nach oben.

Solange nicht die Grundlage unseres ganzen Wirtschaftsverkehres völlig geändert wird, kann kein Unternehmen auf die Dauer unter Selbstkosten oder auch nur ohne Gewinn liefern. Diese Selbstkosten sind für die Unternehmen oft sehr verschieden. Dar- auf nimmt der Höchstpreis gar keine Rücksicht. E[illegible] ist eine starre Grenze, die nicht überschritten wer[illegible] darf. Der Nachweis, daß die eigenen Erzeugu[illegible] kosten höher sind, hebt eine Mehrforderung nicht [illegible] der Strafbarkeit heraus. Der Besitzer kann nich[illegible] -ein-mal mit dieser Begründung seine Ware zurück[illegible] -ten, eine Veräußerung ablehnen. Denn alle Waren, [illegible] r die Höchstpreise festgesetzt sind, können auch zu dies[illegible] Prei-sen enteignet werden, und zwar nicht nur z[illegible] unsten von Stadtverwaltungen und anderen öffentli[illegible] n Körperschaften, sondern auch zugunsten und a[illegible] Antrag von Konsumvereinen oder anderen gee[illegible] en Käufern. Wenn diese Rechtslage bisher we[illegible] chwierigkeiten gemacht hat, so liegt das daran, [illegible] die Höchstpreise in der Regel spät und dann [illegible] ch angesetzt sind, daß sie weit über den Regelprei[illegible] hen und den Herstellern einen guten Verdienst las[illegible] llen.

Viel wichtiger ist das umge[illegible] te Verhältnis, das noch zu wenig beachtet wird: [illegible] Höchstpreis ist nur die Obergrenze, die nicht üb[illegible] chritten werden darf, aber nicht der angemessene P[illegible] eren jeder Verkäufer fordern kann. Sondern d[illegible] *fordern des Höchstpreises kann eine* [illegible] *bare Handlung sein*, wenn darin der Tatbestand des Wuchers oder des übermäßigen Gewinnes gegeben ist.

Denn wenn auch die Bundesratsverordnung vom 23. Juli den Preis für strafbar erklärt, der „unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktla[illegible] einen [illegible] enthält, so ist das n[illegible] t so aufzufassen, als ob [illegible] Marktlage für die Höh[illegible] des berechtigten Preises *entscheidend* sei. Si[illegible] t nur eines von den „Verhältnissen“ und nur sowei[illegible] maßgebend, als sie vom Verkäufer nicht geändert wer[illegible] n kann. Aber ob ein geforderter Preis einen *über*[illegible] *äßigen Gewinn* enthält, kann doch immer nu[illegible] nach den besonderen Verhältnissen des *Einzel*[illegible] n beurteilt werden. In Oesterreich ist das vom [illegible] bersten Gerichtshofe wiederholt entschieden worden. Die dortige Strafbestimmung gegen übermäßige [illegible] Preise ist stets so ausgelegt, daß von den Selbstk[illegible] ten des einzelnen Verkäufers auszugehen sei. Mit e[illegible] rischender Deutlichkeit ist in den Begründungen ausg[illegible] sprochen, daß der „Marktpreis“ durchaus nicht imm[illegible] der angemessene Preis ist, daß er einfach das Erg[illegible] nis eines Machtkampfes bildet, bei dem die Verkäu[illegible] r in Notzeiten der stärkere Teil zu sein pflegen, daß a[illegible] durch gemeinsamen Wucher vieler ein „Marktp[illegible] is“ entstehen kann, der trotz der Tätermehrheit ein Wucherpreis ist, und daß der einzelne seinen Anschluß an einen Preis, bei dem er übermäßig verdient, nicht mit dem Hinweis auf die anderen entschuldigen kann.

Um die Berechtigung der gleichen Auslegung auch für Deutschland zu zeigen, sei an das Beispiel von der Butter erinnert. Im Laufe eines Jahres war der Butterpreis auf annähernd das Doppelte des Friedenspreises geklettert. Da verlautete, daß der Bundesrat die Festsetzung von Höchstpreisen plane, und binnen zwei Wochen schnellten die Preise nochmals um 100 v. H. hinauf. Im Oktober war 3,50 *M.* für das Pfund ein „Marktpreis“, unter dem nirgends zu kaufen war bei großstädtischen Kleinhändlern. Daß dieser Preis einen „übermäßigen Gewinn“ (in der Regel nicht des Kleinhändlers, sondern des Produzenten oder Großhändlers), also eine strafbare Handlung in sich schloß, wird bewiesen durch den Höchstpreis, der auf 2,80 *M.* gesetzt wurde. Auch dieser Preis war noch zu hoch, er ist inzwischen auf 2,55 *M.*, in einzelnen Bezirken noch weiter, ermäßigt worden. Glaubt jemand, daß bei diesem Preise nicht auch die Molkereien und Händler gut bestehen können? Wer seine Butter zu 1,50 *M.* herstellt oder von früher her so billige Vorräte lagern hat, beging eine strafbare Handlung, wenn er den Marktpreis von 3,50 *M.* forderte, an dem er über 100% verdiente, er beging eine strafbare Handlung, wenn er den Höchstpreis von 2,80 Mark forderte, der ihm noch 80% Gewinn brachte; ja es sind noch Fälle moglich, in denen auch der neue Höchstpreis einen Gewinn für einzelne Hersteller oder

Vorratsbesitzer einschließt, dr unter den heutigen Umständen als übermäßig gelte muß. In solchem Falle darf er nicht gefordert werden.

Wie wichtig diese in Österreich allgemein anerkannte, in Deutschland leide noch wenig beachtete Auslegung ist, sei noch an zwi Beispielen gezeigt: Eine Reihe von Aktiengesellschaen der Lebensmittelbranche (Mühlen, Zuckerfabrike Fleischwarenfabriken) hat für das Geschäftsjahr 14/15 Gewinne von 20—30% verteilt. Man darf annemen, daß in Wirklichkeit der Gewinn noch um ministens 10% höher ist. Soweit diese Ueberschüsse nic aus glücklichen Spekulationen, sondern aus der Herllung stammen, bedeuten sie, daß Preise gefordert si, die seit dem 23. Juli nicht mehr gefordert werde dürfen, weil sie einen „übermäßigen Gewinn“ enthaln. Trotz der „Marktlage“ müssen solche Unternehme auf Grund ihrer „Verhältnisse“ gezwungen sein, ten Preisstand herabzusetzen.

Aehnlich steht es mit denjenigen Hälern, die frühzeitig sich große Vorräte zu niedrige Preisen eingelegt haben, etwa Eier, Butter, Fleisch u Speck in Kühlhäusern. Wenn diesen erlaubt ist, u den heutigen Marktpreisen oder Höchstpreisen zu verkaufen, werden sie vielfach 50—100% dabei vernen.

Wenn sie aber genötigt werden, auf einen „übermäßigen Gewinn“ zu verzichten, so können die wesentlich unter dem Tagespreise abgeben. Wenn ihre Vorräte nicht so groß sind, daß sie den Marktpreis allgemein drücken können, hat die billigere Abgabe an das Publikum wenig Zweck. Dagegen ist es sehr wertvoll, wenn die **Städte** dadurch die Möglichkeit haben, sich verhältnismäßig billige Ware zur Versorgung ihrer Bürger zu verschaffen. Dabei wird die Verwaltung auf die berechtigten Ansprüche des Vorratsbesitzers durchaus Rücksicht nehmen können, namentlich wenn seine Aufspeicherung nur der regelmäßigen Versorgung der alten Kundschaft dienen sollte und auch im allgemeinen Interesse nützlich war.

Die Anerkennung der hier vertretenen Auslegung ist augenblicklich deswegen besonders bedeutsam, weil die in allen größeren Städten eingerichteten Preisprüfungsstellen nicht nur allgemeine Richtpreise feststellen, sondern auch in Fällen der Strafverfolgung den Behörden und Gerichten Gutachten erstatten sollen. Dabei müssen sie sich vor Augen halten, daß ein wesentlicher Unterschied bestehen kann zwischen dem angemessenen Marktpreise und dem Preise, den ein einzelner Verkäufer unter Berücksichtigung seiner Verhältnisse fordern darf.

Die französischen Banken im Kriege.

Vo Hermes.

Die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage Frankreichs kommen vielleicht auf keinem Gebiete so sichtbar zum Ausdruck, wie bei den französischen Banken, deren **Halbjahrsabschlüsse** ein ungefähres Bild vermitteln von den ungeheuren Schäden, die dem Lande aus dem Kriege bisher erwachsen sind. Und doch geben diese Abschlüsse die tatsächliche Lage der großen französischen Institute nur recht unvollkommen wieder, da die Banken Verluste erlitten haben, deren Abschätzung auch nicht annähernd möglich ist. Wer sollte etwa die Verluste berechnen, die den Banken aus der Besetzung der nördlichen und östlichen Provinzen Frankreichs durch unsere Truppen erwachsen sind? Wer wollte die Ausfälle abschätzen, die sich aus dem plötzlichen Abbruch der Handelsbeziehungen Frankreichs mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei, Bulgarien, Belgien, Polen usw. ergeben haben? Wer also die Halbjahrsabschlüsse der französischen Banken einer kritischen Würdigung unterzieht, muß sich zunächst darüber klar sein, daß die wirkliche Lage der Institute offenbar **weit ungünstiger** ist, als in den von ihnen veröffentlichten Ziffern zum Ausdruck kommt.

Was zunächst Frankreichs größte Bank, den **Crédit Lyonnais** anbelangt, so zeigt sein Abschluß per 30. Juni d. J. im Vergleich mit dem 30. Juni 1914 folgende Veränderungen:

Aktiva.

	30. Juni 1914	30. Juni 1915
Kassa u. Guthaben b. Banken	231 469 115	807 982 983
Portefeuille	1 648 381 113	857 980 559
Vorschüsse und Reports	356 819 335	253 873 414
ufende Rechnungen	714 144 681	395 836 421
zener Effektenbesitz	9 539 485	9 033 795
rrechnungskonto und G Verschiedenes	35 000 000	28 037 551
dbesitz	35 993 043	35 000 000
	3 031 346 772	2 387 744 723

Passiva.

	30. Juni 1914	30. Juni 1915
Depr zen und bei Sicht		
Laufe bare Bons	963 385 764	656 549 509
Akzept Rechnungen	1 418 885 134	1 083 899 433
Auf fes	117 174 256	15 834 495
Bo ermine zahlbare		
Verrechn	33 309 062	19 736 584
Vers konto und		
Gewinn- denes	73 592 556	39 518 698
für 19 Verlustkonto		
Gewinn- un	—	—
für die erlustkonto Geschäft ergehend.	—	—
Reserven re		
Voll eingezah	175 000 000	175 000 000
Kapital	250 000 000	250 000 000
	3 031 346 772	
„Nach Ink Rechnung fällig werdende		
Restdividende		122 037 852
Saldo der Gen 1914		6 250 000
für die vorhe u. Verlustrechnung nd. Geschäftsjahre		18 918 152
		2 387 744 723

Was in dieser Bilanz am meisten in die Augen springt, ist die ungeheure Erhöhung der Barbestände, worin man den Wunsch der Verwaltung der Bank zu erblicken hat, für alle Fälle gerüstet zu sein. Was die Ziffern des Wechselportefeuilles anbelangt, die fast auf die Hälfte der Ziffern des Vorjahres zusammengeschrumpft sind, so kommt hierin die wirtschaftliche Not Frankreichs um so mehr zum Ausdruck, als das Wechseldiskontgeschäft gewissermaßen eine Spezialität des Crédit Lyonnais ist. Auch in der Herabminderung der Debitoren von 714 auf 395 Millionen, sowie in der Abnahme der Vorschüsse und Reports wird man die Politik der Geschäftsleitung, sich stark zu halten, erkennen. Das gleiche gilt vom Akzeptenkonto, das auf fast 1/8 seiner vorjährigen Höhe eingeschränkt worden ist. Die gewaltige Abnahme der Depositen und Kreditoren beweist, wie ängstlich das Kapital in Frankreich geworden ist, und wie es, aller Ermahnungen zum Patriotismus zum Trotz, von seinen krankhaften Thesaurierungstendenzen nicht abläßt. Was den reichlich geheimnisvoll klingenden Bilanzposten „Comptes exigibles après encaissement“ anbetrifft, so handelt es sich hier offenbar um unbezahlt gebliebene Moratoriumswechsel, für die man sich bemüßigt gesehen hat, eine poetische Umschreibung zu erfinden.

Das Verhältnis der Verpflichtungen des Crédit Lyonnais zu seinen leicht greifbaren Aktiven hatte sich am 30. Juni 1914 wie folgt gestellt:

	(in 1000 Francs)
Depositen und bei Sicht zahlbare Bons	963 385
Kreditoren	1 418 885
Auf feste Termine zahlbare Bons	33 309
Akzepte	117 174
zusammen	2 532 753
A. Kasse und Bankguthaben	231 469
Portofeuille	1 648 381
	1 879 850
B. Vorschüsse und Reports	356 819
zusammen	2 236 669

Es ergab sich somit, daß von den Debitoren in Höhe von 714 Millionen rund 296 Millionen Francs behufs Deckung der Verbindlichkeiten heranzuziehen waren, wobei zu berücksichtigen ist, daß ein, wenn auch vergleichsweise bescheidener Teil jener Verbindlichkeiten auf feste Termine zahlbar war.

Für den 30. Juni 1915 ergab sich zwischen Verpflichtungen und leicht greifbaren Aktiven folgendes Verhältnis:

	(in 1000 Francs)
Depositen und bei Sicht zahlbare Bons	656 549
Kreditoren	1 083 899
Auf feste Termine zahlbare Bons	19 736
Akzepte	15 834
zusammen	1 776 018
A. Kasse und Bankguthaben	807 982
Portefeuille	857 980
zusammen	1 665 962
B. Vorschüsse und Reports	253 873
zusammen	1 919 835

Im vorliegenden Falle ergab sich also schon ein beträchtlicher Ueberschuß der leicht greifbaren Aktiva über die Verbindlichkeiten in Höhe von 143 Millionen Francs, ohne daß die Debitoren in Anspruch genommen werden brauchen. Diese Tatsache beweist, daß die Verwaltung der Bank mit allen Mitteln auf die Stärkung des Status des Instituts hingearbeitet hat und daß ihre Bemühungen in dieser Hinsicht äußerst erfolgreich gewesen sind.

Immerhin darf auf der anderen Seite nicht unberücksichtigt bleiben, daß sich unter den als Disponibilitäten geltenden Aktiven anscheinend auch die berühmten „Bons de la Défense nationale“ befinden, deren Realisierbarkeit schon aus politischen Gründen beschränkt sein dürfte. Bei anderen Konten, wie z. B. den Reports, werden sich gewisse Schwierigkeiten ergeben, die mit der, im Grunde doch nur auf dem Papier erfolgten Liquidation der Pariser Börse zusammenhängen.

Mit der durch die Verhältnisse bedingten Zurückhaltung wird man objektiverweise anerkennen müssen, daß der Halbjahrsabschluß des Crédit Lyonnais, der die Tätigkeit des Instituts in elf Kriegsmonaten zeigt, einen im allgemeinen günstigen Eindruck macht. Bringt er doch die Bestrebungen der Verwaltung, für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, deutlich zum Ausdruck.

Auslandsspiegel.

Rußlands Kampf gegen die deutsche Industrie.

Unter der Ueberschrift „Wie bekämpfen wir die deutsche Industrie positiv und negativ?“ schreibt die „Nowoje Wremja“ vom 27. Oktober: Der schwedische Konsul in Krakau hat erklärt, daß er an die Entwicklung der schwedisch-russischen Handelsbeziehungen nicht recht glaubt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er diese Erklärung nur abgegeben hat, um die Schweden zu energischerer Arbeit anzuspornen. Sollte diese Vermutung richtig sein, so wären die Aeußerungen des Konsuls äußerst schlau. Aber auch das Gegenteil ist nicht ausgeschlossen: Herr Nordstern kann vielleicht wirklich an die Befreiung der russischen Industrie von dem deutschen Joche nicht glauben. Unter diesem Gesichtspunkte könnten die Erklärungen des Konsuls eine gute Lehre nicht nur für die Schweden, sondern auch für uns Russen sein. Vielleicht hat die deutsche Gewalt die russische Industrie und den russischen Handel so kräftig in ihre Hände genommen, daß alle Maßnahmen, die wir gegen das deutsche Joch treffen, tatsächlich viel zu schwach sind. Der Konsul erklärte, daß die Märkte Englands und Frankreichs dem deutschen Handel völlig verschlossen bleiben werden, und daß darum Deutschland alle Kräfte anspannen wird, den russischen Markt zu beherrschen.

Leider müssen wir feststellen, daß wir gegen den deutschen Einfluß in unserem Handel und unserer Industrie viel zu wenig unternehmen. Bei uns wird viel mehr auf den Impuls des Gefühls als auf den planmäßigen Kampf gerechnet. Eine ganze Reihe von Gesellschaften, die im vorigen Jahre entstanden sind, und die gegen den deutschen Einfluß kämpfen wollen, arbeiten eigentlich nur mit dem Boykott der deutschen Waren, nicht aber mit ökonomischen Maßnahmen, die zu einer planmäßigen Verdrängung der deutschen Erzeugnisse führen könnten. Und Nordstern kann vielleicht Recht haben, wenn er behauptet, daß ein Boykott, dem ein nationaler Haß zugrunde liegt, nicht dauerhaft sein und daher nie das gewünschte Ziel erreichen kann. Nordstern erklärte gleichzeitig, daß er von einem tiefen Deutschenhaß der Russen überhaupt nichts merke. Die Bewegung werde nur durch künstliche Mittel hervorgerufen.

In der deutschen Presse wird der Gedanke des Boykotts gegenwärtig sehr umständlich erörtert. Die in England entstandene Gründung der Anti-German League ist in Berlin nicht unbemerkt geblieben. Auf den Boykott zu rechnen, ist sehr schwer. Zunächst ist zu bemerken, daß ein Boykott sich niemals auf Rohstoffe erstrecken kann.

Eine gut organisierte Gesellschaft kann eine Zeitlang gewisse Waren vom Kauf ausschließen. Aber der Glaube, daß große Engrosfirmen nicht auf die Qualität und den Preis der Ware, sondern auf deren Nationalität achten werden, ist doch recht kindlich. Was aber das kaufende Privatpublikum anbelangt, so sind die Deutschen der Ansicht, daß sie mit persönlichen Beziehungen, eigenen Filialen usw. sehr viel erreichen können. Natürlich darf man bestehende Verbindungen nicht zerreißen. Auch muß man verstehen, „den Boden vorzubereiten“. Was mit den letzeren Worten gemeint ist, das ergibt sich aus einer Mitteilung, die unlängst in der Schweiz gelegentlich einer Versammlung zum Ausdruck kam. Es wurde daselbst berichtet, daß eine große Menge deutscher Firmen in letzter Zeit auf schweizerischem Boden gegründet worden ist, wodurch sich der Handel und die Industrie der Schweiz bedroht fühlen können (?). Nach Friedensschluß werden alle Märkte der Welt (?) sehr verarmt sein (?). (Anm. d. Verf.: Auch der amerikanische ?). Alle werden möglichst billige Waren kaufen wollen. Unter diesen Umständen wird „die deutsche Billigkeit“ dem Boykott wirksam gegenübertreten. Auch die geographische Lage kommt Deutschland zuhilfe. Deutschland, das im Herzen Europas liegt, wird stets in der Lage sein, jeden Transit zu verhindern. Ein namhafter Teil der englischen und französischen Waren kann Rußland nicht erreichen, wenn er nicht seinen Weg über Berlin nimmt. Was mit dem Transit anfängt, endet mit dem Export. Darum ist offen zuzugeben, daß der Gedanke des Bogkotts nur negativ ist. Derjenige, der damit rechnet, wird sicher betrogen werden. Die deutsche Mark ist in letzter Zeit erheblich zurückgegangen. (Anm. d. V.: Und der Rubel ?). Nicht ohne Grund behaupten deutsche Oekonomisten, daß die Entwertung des deutschen Geldes den zukünftigen Export erleichtern wird. Auf der anderen Seite wird die Einfuhr aus dengleichen Gründen erschwert werden. Der Kampf gegen den deutschen Einfluß muß mit realeren und positiveren Maßnahmen geführt werden. Zunächst müssen bei uns diejenigen Zweige der Industrie entwickelt werden, die dem russischen Käufer die von ihm benötigten Waren liefern. Auch England wird sich im Anfang gezwungen sehen, auf das Prinzip des freien Handels zu verzichten, damit neue Zweige seiner Industrie sich leichter entwickeln können. Manche Zeitungen sind der Meinung, daß eine wirtschaftliche Entente gegründet werden müßte. Das ganze Gebiet der Entente müßte durch differenzielle Zölle abgegrenzt werden. Von derartigen Zöllen würde Rußland den größten Vorteil haben. Und darum sind wir erstaunt, daß unsere industriellen Kreise auf diesen zielbewußten englischen Vorschlag überhaupt nicht geantwortet haben.

Die „Tätigkeit“ der französischen Handelskammer in Brüssel.

Aus den Mitgliedern der Brüsseler französischen Handelskammer hat sich unter dem Patronat des früheren französischen Gesandten in Brüssel, Monsieur Klobukowski, ein Ausschuß gebildet, der seinen Sitz in Paris, 16, rue de l'Arcade hat. Ueber die Ziele und Absichten dieses Ausschusses hat sich dessen Generalsekretär Sailly wie folgt geäußert:

Die Pariser Delegation studiert Fragen, deren Erledigung dem französischen Handel in Belgien gestatten wird, seine Tätigkeit unmittelbar nach der Räumung des Landes durch die Deutschen wieder aufzunehmen. Sie übermittelt dem Handelsminister die Wünsche unserer geflüchteten Landsleute. Sie prüft die Mittel, die den Mitgliedern ermöglichen werden, nach dem Kriege jede germanische (!) Konkurrenz zu verdrängen. Der Ausschuß hat Schritte unternommen, damit unsere Landsleute, gleich den Belgiern, für die Verluste, die ihnen aus der deutschen Besetzung entstanden sind, entschädigt werden.

Da in bezug auf die Umwechselung des belgischen Papiergeldes, das sich im Besitze von Franzosen befindet, Schwierigkeiten entstanden sind, so hat die Handelskammer der Bank von Frankreich vorgeschlagen, diese Operation unter ihrer, der Handelskammer Verantwortung und in monatlichen Teilzahlungen zum Parikurse vorzunehmen. Die Handelskammer hat ferner die Wiederherstellung der franko-belgischen Handelsbeziehungen ins Auge zu fassen. Deren Unterbrechung könnte unseren Landsleuten auf die Dauer schaden (!!).

Unter den in Belgien verbliebenen Fremden sind die Franzosen vergleichsweise wenig zahlreich, unendlich weniger zahlreich als z. B. die Engländer. Auf der anderen Seite sind es zum großen Teil die verbündeten Truppen, die den belgischen Boden befreien werden. Die Bewohner setzen sich daher der Gefahr aus, die Berührung mit uns zu verlieren, und unser Handel könnte, wofern nicht dauerhafte Beziehungen wieder hergestellt werden, in Mitleidenschaft gezogen werden.

„British Lager Beer“

Die „Times“ vom 29. Oktober führen bittere Klage darüber, daß der Absatz des englischen Lagerbiers auch jetzt, wo die deutsche Konkurrenz gewaltsam ausgeschaltet ist, noch stark zu wünschen übrig läßt. Der Londoner Leiter, einer der führenden Lagerbierbrauereien, so erzählt das genannte Blatt, hat gestern erklärt, daß britische Firmen in der Vergangenheit durch den Umstand so sehr im Absatz behindert worden sind, weil *so viele Hoteldirektoren Deutsche oder Oesterreicher* waren. Jetzt, wo viele dieser feindlichen Ausländer entfernt worden sind, hat der britische Fabrikant bessere Aussichten. Aber in zahlreichen Fällen sind die von Deutschen und Oesterreichern besetzt gewesenen Stellen mit *Schweizern, Luxemburgern und Italienern neu besetzt worden, die ebenfalls dem deutschen Fabrikat den Vorzug geben.*

In einigen Kreisen besteht eine Neigung, das britische Lagerbier zu verkleinern. Deutsche Fabrikanten pflegten zu behaupten, daß sie allein auf Grund besonderer Kenntnisse in der Lage wären, befriedigende Qualitäten herzustellen. Britische Fabrikanten können dasselbe, und eine Firma mindestens besäße eine große Anzahl deutscher Sachverständiger vor dem Kriege.

Die Pariser Messe.

Im Frühjahr 1914 war der Pariser Stadtrat *Georg Delavenne* seitens der Pariser Stadtverwaltung beauftragt worden, sich nach Leipzig zur Ostermesse zu begeben. Im „Matin“ schreibt er unter dem Titel „Man muß eine Pariser Messe schaffen“ folgendes: Die Ostermesse wird in Leipzig jährlich Anfang März abgehalten. Wir müssen an Ort und Stelle diese berühmte Einrichtung studieren, die Bedingungen ihres Bestehens, die Gründe ihrer Prosperität. Ich bin von Leipzig ganz unterrichtet über dieses *riesenhafte Schauspiel* zurückgekommen. Und ich war ganz gewonnen nicht für die Sache der Leipziger, sondern der Pariser Messe.

Die Ziffern sind da — und nichts kommt ihrer Beredsamkeit gleich. Von dem Augenblicke an — es ist noch kein Jahrhundert her: Es war 1833 — wo das von dem neuen Zollregime Deutschlands bedrohte Leipzig der Konförderation beizeiten beizutreten und seine traditionellen Messen den modernen wirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen verstand, ist seine Prosperität unaufhörlich gewachsen. Sein Geschäftsumfang stellt es unter den deutschen Städten an die dritte Stelle. Seine Bevölkerung ist von 106 925 im Jahre 1870 auf 586 753 angewachsen. Die im Jahre 1907 zum Besuche der Messe anwesenden Käufer vertraten [illegible]618 Häuser. Und wenn das französische Auge in dieser in ein ungeheures Messefeld umgewandelten Stadt etwas verletzt wird durch eine bunte Mischung von alter Ueberlieferung und übertriebenen Modernismus amerikanischer kommerzieller Praxis, so kann dieser erste Eindruck einen doch nicht hindern, die Expansionskraft und die wachsende Bedeutung des Marktes anzuerkennen. Das Geheimnis der Erfolge des Gegners zu studieren — zu versuchen, ihn auf seinem eigenen Gebiete zu schlagen, das heißt nicht, gegen die Pflichten eines gesunden Patriotismus verstossen (? !), das heißt jene Pflichten voll erfüllen.

Im übrigen handelt es sich weder darum, eine fremde Einrichtung servil zu kopieren und sie, wie sie geht und steht, in ein ungeeignetes Gebiet zu verpflanzen, noch darum, unser nationales Genie (!) zu zwingen. Unsere Aussteller brauchten nicht erst darauf hingewiesen zu werden, um gewisse Gewohnheiten fernzuhalten, die wegen ihres lächerlichen Archaismus in Leipzig Heiterkeit erregen, und um dem Ganzen eine moderne, den Neigungen und Bedürfnissen des gegenwärtigen Lebens mehr entsprechende Note zu geben. Wir können ihnen Kredit geben. Ihre Vergangenheit ist ein sicherer Garant.

Man vergißt es tatsächlich zu oft: *Die Messe ist eine französische Tradition.* Im Jahre 629 war es, als der gute König Dagobert die Messe von Saint-Denis einrichtete. Sie hat bis zum Ende des alten Regime gedauert . . . . .

Seit 1878 haben wir in Paris neuerdings die tastenden Schritte bemerkt, die für jedes lebensfähige Werk notwendig erscheinen. Nach der Ausstellung bildete sich eine Gruppe französischer Händler in der Absicht, eine „Messe des Westens“ zu schaffen. Vor etwa 15 Jahren hat der damalige Polzeipräfekt, Herr Lepine, den jährlichen Wettbewerb eingerichtet, der seinen Namen führt, und indem unsere kleinen Erfinder und Fabrikanten soviel Findigkeit an den Tag gelegt haben. Herr Joly hat die ganze Geschichte des Ausschusses der Pariser Messe in einem Bericht niedergelegt. Trotz der Schwierigkeiten aller Art, namentlich trotz des Mangels an einem geeigneten Lokal, hat die Pariser Messe zwölf Jahre, von 1903 bis 1914, gelebt. Sie hat dem Handel große Dienste geleistet. Sie könnte noch viel größere leisten, würde sie von den öffentlichen Gewalten und von der Stadt unterstützt, bekäme sie eine feste Installation und würde sie zu einem feststehenden Datum organisiert.

Aber man muß schnell machen. — Die Krise, über die der französische Handel im Jahre 1914 geklagt hat, und die durch den Krieg noch verschärft worden ist, kann aus dem Kriege selbst ihre Lösung ziehen. *Die feindliche wirtschaftliche Invasion muß aufhören.* Niemand kann daran zweifeln. Von einer illoyalen Konkurrenz befreit, werden Handel und Industrie bei uns einen neuen Aufschwung nehmen und unter unseren Freunden und Verbündeten den ihnen zukommenden Platz einnehmen. Schon hat London zur Bekämpfung des deutschen Schunds (pour Combattre la Camelote allemande) seine Kriegsmesse organisiert. Paris ist es sich schuldig, seine Pariser Messe zu besitzen!

Revue der Presse.

Mit der fiskalischen Siedlungspolitik auf der Domäne Dahlem als einer Ressortentgleisung befaßt sich eine

fiskalische Bauspekutation

betitelte Zuschrift an die Vossische Zeitung (8. November). Bekanntlich soll die Ansiedlung in der Kolonie Dahlem lediglich sehr be[...]iterten Kreisen vorbehalten sein. Der Verfasser b[e]leuchtet den Wert dieser Siedlungspolitik für das Groß=Berliner Siedlungswesen und verneint aus steu[e]rfiskalischen Gesichtspunkten die Berechtigung der vorgesehenen Exklusivität. Ist es doch sonst auch nicht gerade das Prinzip der Regierung als kommun[a]ler Aufsichtsbehörde, eine derartige plutokratische Ansiedlungspolitik zu fördern. Gerade in Dahlem, wo die erheblichen Mittel, die der preußische Staat jährlich für gute Ansiedlungsmöglichkeiten des Beamtentums ausgibt, ganz besonders zweckmäßig angewa[nd]t werden könnten, zeigt sich die organisatorische Unzulänglichkeit der staatlichen Siedlungspolitik. Auch [vo]n einem anderen Standpunkte aus ist die Dahlemer Si[e]dlungspolitik zu verwerfen. Der Quadratmeter Bo[de]n, der beim Kauf der Domäne Dahlem im Jahre 18[..] vom preußischen Fiskus mit 5 Pfennigen bezahlt [w]urde, wird heute bei eingeschränkter Bauweise nicht [u]nter 35 Mark verkauft; ein derartiges Bodenspekulati[on]sgeschäft ist bei privaten Unternehmungen von [d]er Regierung bisher stets gebrandmarkt worden. [De]r Zweckverband Groß=Berlin hat für die Prüfung d[es] Bebauungsplanes der Kolonie Dahlem eine Sonder kommission eingesetzt. Die mangelhafte Kompetenz des Verbandes läßt leider wenig Hoffnung auf wünschenswerte Aenderungen zu. — Warschaus Bedeutung im Wirtschaftsleben des bisherigen Russisch=Polen kommt bei der Aufstellung des Etats der polnischen Städte zum Ausdruck. Nach der Frankfurter Zeitung (11. November) über den

Gemeindehaushalt in Russisch=Polen

nimmt Warschau gegenüber den 115 anderen Städten des Königreichs bezüglich der Einnahmen aus Grundsteuer, der Gewerbe= und Betriebssteuer sowie der Einkünfte aus städtischem Besitz und städtischen Betrieben eine hervorragende Stellung ein. Bezeichnend für den volkswirtschaftlich günstigen Stand Warschaus ist es, daß die Einkünfte der Stadt aus städtischem Besitz und städtischen Betrieben allein 24 % des Etats ausmachen. Auf der Seite der Ausgaben ist der Posten für Unterricht, Kranken= und Gesundheitspflege hervorstechend, der 23 % der Gesamtausgaben umfaßt. Ueberhaupt ist die große Steigerung des Haushaltsetats der gesamten polnischen Städte, besonders während der Jahre 1899—1909, bemerkenswert; die Vermehrung der Einnahmen in dieser Zeit betrug 89 %, die Ausgaben stiegen um 47 %. Diese Etatssteigerung dauerte bis zum Kriegsausbruch an. — Daß in Deutschland noch immer eine starke Geldflüssigkeit herrscht, beweist der Modus der

Einzahlungen auf die dritte deutsche Kriegsanleihe.

Darin, daß die Einzahlungen sofort nach der Emission in stärkstem Maße einsetzten und die vorgeschriebene Höhe weit überstiegen, liegt ein Beweis des Vorhandenseins umfangreicher Mittel und namentlich verfügbarer Spargelder; denn die Inanspruchnahme der Darlehenskassen, nach der Frankfurter Zeitung (11. November) nur 2,8 % der eingezahlten Beträge bis 15. Oktober, war äußerst gering. Die Frankf. Zeitung bringt eine ziffernmäßige Gegenüberstellung der Einzahlungen bei der zweiten und dritten Kriegsanleihe. Danach sind bei der zweiten Kriegsanleihe die Einzahlungen mit 86 % den Einzahlungen bei der dritten Kriegsanleihe im gleichen Zeitraum mit 77,8 % etwas höher gewesen. Umgekehrt verhält es sich jedoch bei der Inanspruchnahme der Darlehenskassen. Während bei der zweiten Kriegsanleihe ungefähr 2893 Mill. durch Beanspruchung der Darlehenskasse eingezahlt werden konnten, betrug bei der dritten Kriegsanleihe die Summe, die auf dem Wege über die Darlehenskasse beschafft wurde, im gleichen Zeitraume nur etwa 1913 Mill. — Als Rußland sich infolge des Stockens der deutschen Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen seit Kriegsausbruch um Ersatz nach England wandte, wurde das Interesse der englischen Geschäftswelt an diesem Exportartikel geweckt. Auf Veranlassung des englischen Handelsamtes, des „Board of Trade", wurde denn auch vom russischen Landwirtschaftsministerium eine Untersuchung über die Beteiligung des Auslandes am russischen Landwirtschaftsmaschinenmarkt angestellt. Im Berliner Börsen=Courier (14. Nov.) legt Dr. Hansen dar, wie bedeutend demnach

Deutschlands und Englands Rolle auf dem Landwirtschaftsmaschinenmarkt Rußlands

Während nur 50 % inländische Fabrikate sind, [bet]rägt der Anteil Deutschlands und Oesterreichs [..] %, der Englands nur 10 %. Die Einzelstatistik [zei]gt ferner, daß Deutschland und England besonders [..] in Mähmaschinen, Dreschmaschinen und Lokomob[ile]n konkurrieren; Deutschland hat in Dampfpflüg[en] nahezu Monopolstellung, Oesterreich in Dresch[m]aschinen. Die Gesamtausfuhr Englands betrug [..]ber 22,2 Mill. M. Wollte es Deutschland vom ru[ssi]schen Markt verdrängen, so müßte es seinen Export, [..] Rußlands Bedürfnissen angemessen, auf 41 Mill. M. vergrößern. England kann jedoch nicht von heu[te] auf morgen auf Gebieten, auf denen es bisher wei[t h]inter Deutschland zurückstand, alleiniger Exporteur [we]rden. Und da Rußland nach dem Kriege kaum imsta[nde] sein wird, eigene, für seinen Bedarf ausreichende [Fa]brikate herzustellen, so wird Deutschland nach wie[de]r als Hauptexportland für den russischen Maschin[enm]arkt in Betracht kommen. Es könnte höchstens die [am]erikanische Konkurrenz, die für Deutschland sch[on] immer recht fühlbar war, einen

Rückgang des deutschen Maschinenexports nach Rußland herbeizuführen. — Die Preisschwankungen auf dem Stabeisen- und Walzdrahtmarkt sind nach einer Essener Korrespondenz der Berliner Morgenpost (5. November) über den

westdeutschen Eisenmarkt

wieder behoben worden. Durch lebhaftere Nachfrage ist der Preis für Walzdraht wieder auf den Höchstbestand von 170 M. für die Tonne gestiegen. Der Stabeisenmarkt zeigt mit einem Grundpreis von 140 M. die Tonne eine durchaus feste Haltung. Wenn auch im Handel gelegentlich ein Untergebot von 135 M. die Tonne gemacht wird, so halten doch die Werke an dem Conventionspreis von 140 M. fest und haben zu diesem Preise bereits viele Lieferungen für 1916 abgeschlossen. Bezüglich ihres Produktionsumfanges haben die Werke bekanntlich vor einiger Zeit Vereinbarungen getroffen, die auch zugleich dafür Gewähr bieten, daß eine Erhöhung der Mindestpreise nicht zu befürchten ist. — Das Hotelgewerbe, das ja durch die Kriegszeit ganz besonders empfindlich beeinträchtigt wurde, ist nichtsdestoweniger in dieser Zeit einem großzügigen Gedanken näher getreten. Die Frankfurter Zeitung (19. Nov.) berichtet von

einer geplanten Hotelbank,

einem Problem, das auf der letzten Generalversammlung des Internationalen Hotelbesitzervereins in Leipzig erörtert worden ist. Gedacht ist der Anschluß des gesamten deutschen Hotelwesens an ein schon bestehendes großes Finanzinstitut. Der Hotelbank könnte der Effekten-, Scheck- und Wechselverkehr, das Kreditbrief- und Devisengeschäft seitens der Hotelwelt überwiesen werden, und sie könne sich als Gegenleistung für die Sanierung der heilbaren Hotelunternehmungen interessieren. Auch als Agentin großer Schiffahrtsgesellschaften könnte diese Hotelbank fungieren. Hotellieferanten würden gleichfalls gern mit der Hotelbank in Verbindung treten. Nach einer ausgedehnten Debatte wurde einer Kommission aufgegeben, nach Sichtung der gesamten Materie der nächsten in Hamburg stattfindenden Hauptversammlung bestimmte Vorschläge zu unterbreiten. Der Gedanke, die gesamte Hotelindustrie an eine ihren Interessen dienende Bank anzuschließen, ist recht vielverheißend. Das Risiko, das jedoch für eine besonderen Fachinteressen dienende Bank besteht, und das die Großbanken einstweilen eine ablehnende Haltung zu dieser Fagre einnehmen läßt, verlangt eine ganz besonders sorgfältige Prüfung aller Umstände, bevor der Gedanke verwirklicht werden kann. — Ueber die Frage, ob Rücklagen als tantiemepflichtig anzusehen seien, hat man sich auf der letzten Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke van der Zypen auseinandergesetzt. Während der Vorstand für diese Beträge eine Tantiemepflicht beanspruchte, schloß sich der Aufsichtsrat der Gesellschaft schließlich den Beanstandungen einer Gruppe von Aktionären an, die als ultima ratio teils Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, teils den Klageweg bereits beschritten hatte. Das Berliner Tageblatt) (16. November) bemerkt dazu unter der Ueberschrift

Irrtümliche Tantiemberechnung,

daß die Berechnung der Tantieme schon seit Jahren eine irrtümliche war und veranschaulicht durch eine von einem Aktionär gegebene Aufstellung, daß die Beträge, die bisher als tantiemepflichtig angesehen wurden, recht beträchtlich sind. Nach dem Vorschlag der Verwaltung betragen die Gewinnanteile 327 107,61 Mark, gemäß der Berechnung des Aktionärs jedoch nur 136 000,00 M., die Differenz also 191 107,61 Mark. Zieht man auch in Betracht, daß die von dem Aktionär gegebene Berechnung deshalb nicht ganz exakt ist, weil die zur Rückstellung bestimmte Summe u. a. auch Zuweisungen an den Fond für gemeinnützige Zwecke enthält, so kann man doch immerhin den Ueberblick daraus gewinnen, daß die Gewinnanteile zu hoch bemessen sind. Da der Irrtum in der Berechnung der Tantieme vom Aufsichtsrat anerkannt worden ist, und da das diesem Irrtum zugrunde liegende System schon Jahre hindurch angewandt worden war, so wird die an die Gesellschaft zurückzuzahlende Summe eine recht erhebliche sein. — Nachdem die Zechenverbände es bei der ersten Eingabe der Bergarbeiterverbände vom 26. März unterlassen haben, auf die Forderungen der Lohnsteigerungen einzugehen, wurde dem Berliner Tageblatt (18. November) zufolge die Eingabe jetzt zum zweiten Male eingereicht. Die

Lohnforderungen der Ruhrbergleute,

die auf eine Erhöhung um 10 bis 20 % hinzielen, werden in der Hauptsache mit der außerordentlichen Steigerung der Preise für Lebensmittel begründet. Die inzwischen erschienenen amtlichen Lohnnachweise für das zweite Vierteljahr besagten, daß die Durchschnittslöhne der Ruhrbergarbeiter noch nicht einmal den Stand vom dritten Vierteljahr 1915 erreicht haben. Die Lohnforderungen seien um so berechtigter, weil aus den Geschäftsberichten verschiedener großer Werke, so auch der Harpener Bergbaugesellschaft, hervorgehe, daß trotz höherer Produktionskosten ein größerer Gewinn erzielt worden sei. Selbst in Holland seien die Löhne der Bergarbeiter um 10 % erhöht worden, obwohl weder die Lebensmittel in demselben Maße wie in Deutschland gestiegen seien, noch überhaupt die Gruben so rentabel seien wie die Ruhrzechen. Als außerordentlich wird bezeichnet, daß im Aachener Revier die Löhne zurzeit niedriger seien, als im Jahre 1913. In der Eingabe an den Handelsminister berufen sich die Arbeiter der staatlichen Zechen gleichfalls auf die Lebensmittelteuerung. — Englands sinkender Kredit kommt in der fortschreitenden

Verteuerung der englischen Geldbeschaffung

zum Ausdruck. Während der Satz von 5 % bisher nur für sehr lange Sichten galt, ist, einer Notiz des Berliner Tageblatts (16. Nov.) zufolge, dieser Zinsfuß jetzt auch auf dreimonatliche und sechsmonatliche Wechsel in Anwendung gebracht worden. Auch der Kursrückgang der neuen Kriegsanleihe in

der letzten Zeit weist auf Englands schlechte Kreditlage hin. Hatte die im Juni nominell zu 100 % aufgelegte Anleihe schon bei ihrer ersten Notierung im August um einen Kurswert von 98 % erzielen können, so steht der heutige Kurs der englischen Anleihe nur noch auf 96½ %. Das hat, da die Besitzer die Anleihe in höher verzinsliche Anleihen zu Pari umtauschen können, zur Folge, daß fünfprozentige englische Staatspapiere auf 96½ % stehen. Zur vorteilhaften Begebung der dritten englischen Anleihe besteht daher für die Regierung nicht viel Aussicht, es sei denn, daß die Regierung noch erheblich günstigere Bedingungen als bei den vorhergehenden Anleihen festsetzt. Der Gegensatz zu Deutschland, wo die Emission der späteren Kriegsanleihen nicht nur zu höherem Kurs als bei der ersten herausgegeben wurde, sondern wo der Emissionskurs auch im freien Verkehr niemals unterschritten wurde, ist in die Augen springend. — Bulgariens politisch sehr bewegtes Leben der letzten Jahre hat seine wirtschaftlichen Verhältnisse stark beeinflußt. Wenn sich das Land auch heute infolge der drei aufeinanderfolgenden Kriege wirtschaftlich nicht im besten Zustande befindet, so läßt sich doch bereits voraussehen, daß der

Außenhandel Bulgariens und seine Aussichten

vielversprechend sind. Die nach der Deutschen Tageszeitung (10. Nov.) erst vor kurzem herausgegebene bulgarische Statistik für das Jahr 1911, die als die neueste auch der bulgarischen Regierung als Grundlage ihrer Denkschrift über die wirtschaftlichen und politischen Gründe für Bulgariens Eingreifen in den Weltkrieg dienen mußte, offenbart, wie sehr Bulgarien auch schon vor dem Kriege wirtschaftlich seinen jetzigen Bundesgenossen nahe stand; denn gruppiert man die feindlichen Verbände, so betrug Einfuhr und Ausfuhr bei den Zentralmächten ungefähr 40 % mehr als bei der anderen Gruppe. Namentlich Deutschland ist mit rund 40 000 Lewa Einfuhr und die Türkei mit 29 210 Fr. Ausfuhr stark am bulgarischen Handel beteiligt. Wie wenig Rußland für Bulgariens Handel bedeutet, besagt, daß die Einfuhr um 6975 Lewa, die Ausfuhr gar nur 336 Fr. betrug. Bulgariens Hauptausfuhrartikel ist mit 129,4 Mill. Lewa Getreide und Mehl; Haupteinfuhrware sind mit 58 Mill. Lewa Textilwaren; die Handelsbeziehungen zu Deutschland könnten sich, da es Bedarf der einen, Ueberfluß der anderen Ware hat, sehr wertvoll gestalten. Auch die bisher sehr umfangreiche Einfuhr von Eiern aus Rußland könnte an Bulgarien, das gleichfalls großen Eierreichtum hat, abgegeben werden. Ferner sind die ganz besonders differenzierten klimatischen Verhältnisse Bulgariens von Bedeutung für die Agrarproduktion. Die nördliche und südliche Seite der Balkangebirgskette weisen so grundverschiedene klimatische Verhältnisse auf, daß ungünstige Witterung auf der einen durch günstige Witterung auf der anderen Seite kompensiert wird und dadurch die Handelsbilanz Bulgariens bezüglich der Ernteergebnisse vor Schwankungen bewahrt, denen andere reine Agrarländer häufig unterliegen müssen. — Ohne chauvinistisch erscheinen zu müssen, wird man der Betätigung ausländischer Unternehmungen in Deutschland nach dem Kriege besonderes Interesse schenken dürfen. Unter diesen Unternehmungen wird, wie die Voss. Zeitung (16. Nov.) schreibt, dem

ausländischen Versicherungswesen in Deutschland

ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein. Ist es auch nicht gerade nötig, daß, wie es im „Versicherungsschutzverband" gefordert wurde, dem Internationalismus im Versicherungswesen ein Ende gemacht werden muß, so wäre doch eine Einschränkung der ausländischen Betriebe sehr wünschenswert. Ausländische, in Deutschland tätige Gesellschaften bezogen im Jahre 1911 aus Lebensversicherung, Unfall- und Haftpflicht- und Feuerversicherung 28,3 Mill. M. Gewinn aus deutschem Geschäft und nahmen somit rund den vierten bis achten Teil der Einnahmen der deutschen Gesellschaften ein. Dieser günstigen Geschäftslage der in Deutschland praktizierenden neutral-ausländischen Gesellschaften ist die sehr geringe Beteiligung an den deutschen Kriegsanleihen gegenüberzustellen. Die Gesamtzeichnung der ausländischen Versicherungsgesellschaften an der 1. und 2. Kriegsanleihe beträgt nur 1,7 und 5,7 Millionen, eine Summe, die zum größten Teil auch wieder von österreichischer Seite stammt! Bedenkt man, daß Versicherungsgesellschaften neutraler Staaten feindliche Kriegsanleihen durch hohe Zeichnungen unterstützt haben, so ist der Wunsch der deutschen Gesellschaften, die Geschäfte ihrer ausländischen Konkurrenten etwas eingeschränkt zu sehen, wohl verständlich. Höhere Bedeutung gewinnt diese Frage, wenn ihr die Leistungsfähigkeit oder Leistungswilligkeit der dem feindlichen Ausland angehörenden Gesellschaften zu Grunde gelegt wird. Das Kaiserl. Aufsichtsamt für Privatversicherung hat leider erklären müssen, daß in vielen Fällen, d. h. überall da, wo keine Kautionen usw. bestehen, die Lage der bei ausländischen Gesellschaften Versicherten sehr unklar ist während des Krieges. Viele bei ausländischen Gesellschaften Versicherte werden aber immerhin durch die seit Inkrafttreten des Versicherungsaufsichtsgesetzes eingeführten, bei Behörden zu hinterlegenden Kautionen gesichert sein. Ueber die weitere Frage, ob die Verhältnisse zu einem Rücktritt vom Vertrag, z. B. mit einer englischen Gesellschaft, berechtigen, sind bereits zahlreiche Prozesse geführt worden, die sehr auseinandergehende Urteile zeitigten: während Hamburger und Breslauer Gerichte ein Rücktrittsrecht verneinten, wurde es u. a. vom Düsseldorfer, Bremer und Dortmunder Landgericht bejaht. — Verschiedene Bestimmungen des Aktienrechts haben im Laufe der Zeit Auslegungen erfahren, die dem Willen des Gesetzgebers bei weitem nicht mehr entsprechen. So ist namentlich die Bestimmung des § 261 Handelsgesetzbuchs einer Praxis unterworfen, die dem Grundprinzip des ganzen Aktienwesens, die breiteste Oeffentlichkeit als Schutz gegen Uebergriffe bei der Verwaltung fremder Kapitalien wirken zu lassen, entgegensteht. In ein

Mißbrauch des Aktienrechts und Kriegsgewinnsteuer betitelten Aufsatz im Deutschen Oekonom (16. November) wird auf die Klarheit und Eindeutigkeit der Bestimmungen über Aufstellung der der Bilanzen hingewiesen. Nichtsdestoweniger hat die Praxis sich Abweichungen von größter Bedeutung gestattet. Während das Aktienrecht die Bildung stiller Reserven in Abhängigkeit von allmählich oder schnell entstandenem Mehrwert vorhandenen oder aufgenommenen Aktienbesitzes bringt, ist die Praxis gewohnt, Gewinne, die als außerhalb der in der Bilanz veröffentlichten Zahlen vorgenommen wurden, vor der festgesetzten Zahlenveröffentlichung der Bilanz als „stille Reserven“ zu bezeichnen, obschon diese Beträge deutlich das Bestreben, den wahren Reingewinn zu verschleiern, nicht verleugnen können. Man kann diesen Vorgang besonders deswegen bedauern, weil die angekündigte Kriegsgewinnsteuer dieser stillen Reserven nicht wird habhaft werden können; denn sie sind weder aus der veröffentlichten Bilanz zu ersehen noch wird man den Aktiengesellschaften eine so rückhaltlose Deklarierung ihrer vielleicht nicht einmal mehr genau festzustellenden Reservestellungen zumuten dürfen.

Umschau.

fn. Der Frauenbank-Konkurs. Die Leser des Plutus wird es nicht sonderlich überrascht haben, aus den Zeitungen zu ersehen, dass die Frauenbank e. G. m. b. H. ihr Schicksal in Gestalt des Konkurses ereilt hat. Im Plutus ist diesem Institut seit Jahren mit Skepsis begegnet worden, und der Herausgeber hat im fünfundzwanzigsten Heft des Jahrgangs 1914 (Seite 498) der Geschäftsleitung eine Anreizung zum Börsenspiel unter erschwerenden Umständen nachgewiesen. Durch den ersten Bericht der Konkursverwalter an die Gläubiger der Frauenbank ist nun die Misswirtschaft bei dem Institut zum ersten Male amtlich dargestellt worden. Der Blick in den Abgrund schwindelhafter Geschäfte, der dabei eröffnet worden ist, wird zwar den Gläubigern und Genossinnen, die Anteil und Haftsumme verlieren, wenig helfen, aber dieser Einblick enthüllt doch manche typische Erscheinung, die festgehalten werden muss, um Nachfolgern und Nachfolgerinnen auf dem Gebiete des Bankschwindels das Handwerk zu erschweren. Die eigentliche Gründerin des im Jahre 1910 als „Genossenschaftsbank selbständiger Frauen e. G. m. b. H.“ errichteten Institutes war Fräulein Anna Hoffmann, die spätere Direktorin. Weder machte ihre geschäftliche Vergangenheit diese Dame besonders geeignet, ein Bankgeschäft zu betreiben, noch hatte ihr Name in den Kreisen der Frauenbewegung eine Geltung, die weitere Kreise ihrem Unternehmen zugeführt hätte. Aber Fräulein Hoffmann gelang es, eine Führerin der Frauenbewegung, Frau Dr. jur. Marie Raschke, von Anfang an für sich zu gewinnen. Frau Dr. Raschke liess sich von der Idee, den erwerbstätigen Frauen durch die Gründung helfen zu können und wohl auch von der Phrase von der „Emanzipation des Frauenkapitals“ ködern, und ihrer Führerin folgten allzuviele gutgläubige Frauenrechtlerinnen, wenn auch andere Führerinnen rechtzeitig einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen wussten. Es muss für jeden, der später Gelegenheit hatte, mit Fräulein Anna Hoffmann über Banksachen zu sprechen, ein psychologisches Rätsel bleiben, wie es dieser Dame gelungen ist, jemandem ihre Befähigung zur Bankdirektorin einzureden. Die einzige Erklärung ist, dass hier eine Gruppe von krassen Dilettanten daran ging, ein Geschäft zu begründen, um einer ungeschäftlichen Idee willen. Durchdrungen von der Ueberzeugung, jede Männerarbeit viel besser leisten zu können, liessen sich Frauenrechtlerinnen auf ein Gebiet locken, auf dem Männer ohne Vorbildung auch nicht zu reussieren pflegen. Nachdem sie die Aushängeschilder gewonnen hatte, wusste Fräulein Hoffmann sie auch zu nützen. Je weniger reguläre Geschäfte sich entwickelten, desto mehr ging man auf faule Grundstücks-Hypotheken- und Wechselgeschäfte ein. Der Aufsichtsrat mit der Juristin an der Spitze kümmerte sich entweder um nichts, oder seine geschäftliche Unkenntnis ging so weit, dass Fräulein Hoffmann ihm alles vorreden konnte. Fräulein Hoffmann brauchte aber für ihre Bank Geld und Kredit. Die Bank musste wachsen. Das erste bedenkliche Merkmal wurde im Jahre 1913 sichtbar: Uebertriebene Propaganda. Die Bank hatte sich räumlich auf 40 Zimmer ausgedehnt. Man lud eines Tages die Spitzen der Frauenbewegung, Schriftsteller, Professoren und Journalisten zu einer Besichtigung dieser 40 Zimmer mit anschliessendem Frühstück ein und übergab feierlich eine von der Frauenbank gegründete Zeitschrift „Das Frauenkapital“, der Oeffentlichkeit. Der Siegeszug der Frau als Bankleiterin wurde gefeiert. Das waren schon Formen der Propaganda, die bei Kundigen Misstrauen wachrufen. Anfang 1914 hat dann zuerst Bruno Buchwald in der „Welt am Montag“ öffentlich vor der Frauenbank gewarnt, er wiess ihr u. a. unsolide Hypothekengeschäfte und Bilanzverschleierung nach. Jetzt setzte eine für den Kampf gegen berechtigte Angriffe typische rege Tätigkeit der Frauenbank-Direktion ein. Es wurde nicht etwa die geforderte gründliche Prüfung der Bücher irgend jemandem gestattet, sondern es hagelte abstreitende Berichtigungen und Angriffe auf Herrn Buchwald. Die Redaktion jedes Blattes, das sich mit den Vorgängen beschäftigte, wurde mit Briefen überschüttet, persönlich besucht, aber es wurde niemals ein wirklicher Einblick in die zur Diskussion stehenden Geschäfte gewährt. Fräulein Hoffmann und ihre Kollegin Frau von Wunsch spielten die Rolle der armen verfolgten Frauen, mit viel Entrüstung und wenig Aufklärung. Vor mir liegt ein eigenartiges Dokument dieses Kampfes gegen die Kritik, ein Brief der Direktorinnen an den Herausgeber des Plutus vom 28. Mai 1914, in dem es heisst: „Mit heutigem bitten wir Sie, auch im Namen von Frau Dr. jur. Raschke, ob es Ihnen nicht möglich wäre, Herrn Buchwald dahin zu beeinflussen, dass er weitere scheussliche Artikel bis zum Ausgang des Prozesses (man hatte, um Zeit zu gewinnen, Herrn Buchwald kühn verklagt) unterlässt. Herr Buchwald kann doch selbst nicht glauben, dass diese grässliche Sachen, welche nur ganz abgefeimte Verbrecher fertig bekommen, wahr sind . . .“ Grosse Worte und keine Aufklärung, das war das Ergebnis, das Fachleute in der Skepsis bestärkte. Aber der Aufsichtsrat deckte

noch immer die Geschäfte des Fräulein Hoffmann mit seinem Namen. Der Konkursverwalter hat nun die Anklagen im weitesten Umfange bestätigt. Interessant sind vor allen Dingen die Hypothekengeschäfte. Die Frauenbank hat hier im kleinen ein System verfolgt, das in rechtlich meist minder anfechtbarer Form im grossen typisch für den Schwindel am Gross-Berliner Bau- und Terrainmarkt ist. Die Bank übernahm notleidende Hypotheken und mit ihnen die Verwaltung der Häuser. Die Schornsteinhypotheken sollten nun gut gemacht werden. Dazu muss der Wert des Hauses heraufgeschraubt werden. Der Wert wird nach dem Mietsertrag berechnet, also wurden die Mieten erhöht. Die Folge war zwar leere Räume, die höheren Mieten standen also nur auf dem Papier, was ihre buchmässige Kapitalisierung aber nicht hinderte. Wenn dieses Geschäft so grob betrieben wird wie hier, führt es zu Mietausfällen und zum Krach. In vorsichtigerer Form betrieben, zeitigt es zunächst nur die Verteuerung der städtischen Mieten. — Typisch für den unglaublichen Leichtsinn und der Unkenntnis, mit dem weite Kreise des Publikums der Bedeutung eines Wechsels gegenüberstehen, ist es, dass in der Frauenbank das Verlangen von Blankoakzepten der Kunden direkt zum Geschäftsprinzip entwickelt war. Der Konkursverwalter hat derartige zum vorübergehenden Geldmachen durch Reitwechsel geeignete akzeptierte unbeschriebene Wechselformulare zu hunderten, sogar von einzelnen Kunden blockweise vorgefunden. Die Kunden werden sich kaum darüber klar gewesen sein, dass die Blankoakzepte, entsprechend ausgefüllt, sie zu Zahlungen von jeder beliebigen Höhe verpflichten konnten. — Die direkten Leidtragenden der Frauenbank werden durch den Schaden wohl klug werden. Es wäre aber zu wünschen, dass die rückschauende Betrachtung der Symptome des Schwindels auch in weiteren Kreisen das Gefühl für Anzeichen der Unsolidität verfeinert würde. Die gefühlsmässige Ablehnung kann ja meist viel eher platz greifen, als ein Kritiker das Material beisammen hat, um öffentliche Anklagen und Warnungen begründen zu können.

Die Not der Hypotheken. — Ein Berliner Grossbankier schreibt: „Im Anschluss an Ihren Artikel „Hypothekennot" im Plutusheft vom 10. Nov. möchte ich mir folgende Bemerkungen gestatten: Bei dem Ruf nach Hilfe für das besonders notleidende Wirtschaftsgebiet des Immobilienmarktes wird übersehen, dass als eine Folge des Krieges überall in Europa eine Kapitalwertverminderung desjenigen Besitzes stattfindet, der sich als kapitalisierte Rente darstellte. Wenn 4% Konsols früher bei uns zu pari bewertet wurden, als man 4% für eine ausreichende erstklassige Verzinsung ansah, so muss dasselbe Papier jetzt mit 80% bewertet werden, sobald 5% und darüber der landläufige Staatsrentenzinsfuss geworden ist. Demnach muss man bei stabilen industriellen Wertpapieren, die früher auf einer 5% Basis Käufer fanden, jetzt 6% erzielen, und die kapitalisierte Wertbemessung muss eine entsprechende Minderung erfahren. So bedauerlich ein solcher Kapitalschwund ist — kein Ruf nach Abhilfe wird deshalb mit Aussicht auf irgend einen Erfolg ertönen können. Eine gleiche Wertverminderung muss auch den Immobilienbesitz treffen. Galt, wie Sie in Ihrem Artikel ausführen, eine 10% Anzahlung beim Ankauf von Immobilien schon für solide, so leuchtet ohne weiteres ein, wie hoch jetzt das Guthaben des Besitzers an „seinem Hause" sein kann, nachdem bewiesen erscheint, dass allein der als Folge des verminderten Zinsfusses eingetretene Kapitalminderwert des Hauses 20% betragen muss. Die Situation stellt sich aber für den Hausbesitzer noch wirtschaftlich dadurch viel ungünstiger, dass die Rente des Hauses an und für sich durch die gestiegenen Unkosten gesunken ist. Die veränderten Zinssätze treffen den Hausbesitzer nach 2 Seiten. Wenn der Kapitalwert derselbe bleiben sollte, müsste die Rente entsprechend steigen; sie fällt im Gegenteil noch, weil, abgesehen von den erhöhten Kosten der Verwaltung und Versorgung, die Hypothekengelder teurer werden. Eine Steigerung um 1% ist das Mindestmass solcher Verteuerung. Wäre das Haus unbelastet, so würde diese Sorge nicht so stark empfunden werden, bei der unglücklichen Konstruktion eines grossen Teiles des Hausbesitzes tritt sie indessen gepaart mit der oben auseinandergesetzten Wertverminderung doppelt hart in Erscheinung. Ich wähle ein Beispiel: Ein Haus ist ℳ 300 000,— wert gewesen und belastet mit ℳ 150 000,— zur I. und ℳ 100 000,— zur II. Stelle, das Guthaben des Besitzers beträgt ℳ 50 000 und hat netto 6% Zinsen ℳ 3 000,— Ueberschuss abgeworfen. Heute wird niemand mehr, um 6% Zinsen zu erzielen, ein Geschäft mit solchem Obligo machen, da man jetzt eine derartige Verzinsung leicht aus anderen Quellen schöpfen kann. Das Haus hat also schon aus diesem Grunde nicht mehr seinen alten Wert. Nun wird die Verzinsung der ℳ 250 000,— Hypotheken pro Jahr bei Erneuerung der Hypotheken 1% — ℳ 2 500,— p. a. mehr kosten, — der Ueberschuss ist also so gut wie völlig verschwunden — der Besitzer ist sein Kapital los. Aber auch die II. Hypothek ist kein ruhiger Besitz mehr, denn wenn nur eine Wohnung leer steht, deckt das Hausertrügnis nicht mehr die Zinsen. (Das Beispiel ist ausserdem noch ein solides!) Wie verhält es sich nun mit dem Leerstehen von Räumen? Hier komme ich auf eine neue Kalamität zu sprechen. Man hat viele Häuser in verkehrsarmen Strassen mit Läden ausgebaut, weil Läden bessere Mieten bringen. Diese Ladengeschäfte haben in ihrer Mehrzahl keine Lebensmöglichkeit. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung und Neigung geht gegen diesen Kleinhandel, der bei geringem Umsatz mit verhältnismässig grossen Spesen arbeiten muss und nur durch die Bequemlichkeit oder Vergesslichkeit einzelner Hausfrauen sein Dasein fristet. Die schweren Zeiten werden diesen Geschäften den Odem ausblasen und die ganz falsch aufgebaute Rechnung nachweisen. Ein Beispiel: In der Uhlandstrasse am Kurfürstendamm in Richtung Wilmersdorf befinden sich in einem Block von je 65 Häusern auf beiden Seiten der Strasse 58 Läden, die allerhand Lebensmittel verkaufen, 12 Drogen- und 15 Zigarrengeschäfte. Dabei ist der grössere Teil der Uhlandstrasse verkehrsarm. Wie sieht es mit der Rente solcher Häuser aus, wenn der wertvollere Teil der Mietezubringer versagt? Man kann demgegenüber einwenden, dass die Mieten steigen werden, dass die Bevölkerung wachsen und der Zinssatz wieder fallen wird. Das mag alles sein, aber wie lange wird es dauern und wieviele Hauseigentümer werden ihren Besitz solange halten können? Ein derartiger Hausbesitz ist eine Anlage in Marge. Auch

auf dem Gebiet des Effektenbesitzes hat sich wiederholt eine so geartete Anlage versucht. Billiges Geld konnte aufgenommen werden gegen Hinterlegung von Wertpapieren, die eine höhere Verzinsung brachten. Das billige Geld oder besondere Konjunkturen schienen der Höherbewertung von Wertpapieren günstig, bis eine Geld- oder politische Krisis das auf solcher Basis aufgebaute Spekulations- oder Anlagegebäude einriss. Solches hat sich in allen Ländern oft ereignet, und diese opferreiche Erfahrung hat dazu geführt, dass derartiger Effektenbesitz auf Marge im Verhältnis zu den in Wertpapieren angelegten Kapitalien ganz geringfügig ist. Wir sehen, wie gering die Beträge sind, um die es sich jetzt z. B. bei dem Abbau der Börsenengagements handelt. Dass aber der Verlust an Wertpapieren in Europa durch die Kriegsfolgen ein in viele Milliarden gehender ist, bedarf keines Nachweises und keiner Erklärung. Man kann hiergegen kein Hilfsmittel erfinden — diese Verluste gehören zu den Opfern an „Gut und Blut", auf die jede kriegführende Nation gefasst ist. Den „Marge-Kapitalisten" hat man durch Börsen-Moratorien, weil sie die schwächeren Elemente sind, vorübergehende Hilfe gebracht, aber die verfehlten Positionen werden doch über lang oder kurz geopfert werden müssen. Nicht anders können sich die Ereignisse auf dem Immobilienmarkt abspielen. Nur hat dieses Gebiet noch keine schweren Stürme durchgemacht, und es besteht jetzt seine erste Feuerprobe. In dieser harten Zeit decken sich alle Fehler auf, und mit eiserner Logik rächen sich unwiderruflich alle Sünden. War es jemals vernünftig, Kapitalien derartig in Häusern anzulegen, dass dem eingelegten Gelde grosse feste Lasten voraufgingen und die Einnahmen niemals als sichere angesehen werden konnten? Eine stetig aufsteigende Städte- und Luxus-Entwickelung hat über die Gefahr hinweggetäuscht — eine Stagnatur oder gar eine rückläufig Konjunktur ist noch nicht in allen ihren Folgen durc lebt worden. Man mag auch hier durch vorübergehe e Hilfen Zeitgewinne und Gelegenheiten schaffen, das un-wendbare Uebel der eingetretenen Wertverminderung it ihren Konsequenzen und des Zusammenbruchs des fal en Aufbaues wird man nicht verhindern, denn die Mit es abzuwenden müssten ungeheuerliche sein, und die er der-liche Zeit wäre eine viel zu lange, bis eine ja lange erneute friedliche Wirtschaftsentwickelung die be igenen Fehler durch „Hineinwachsen in die Verhältnis wieder ausgleichen kann. Und öffentliche Mittel in g em Aus-mass dürfen nicht zu Lasten aller Steuerzah risikovoll verwandt werden zu Gunsten eines Wirts tsgebietes, das schliesslich auch wie jedes andere Opf des Krieges und die Konsequenzen seiner Fehler zu tr n hat."

Hamburg—Schottland—New Yo

Herr Max R. Funke-San Franzisko, schreibt: „In England kur te vor kurzem das Gerücht eines neuen Kanalprojektes, elches die Nordsee mit dem Atlantischen Ozean dir verbinden soll. Zwar ist diese Idee nicht neu, denn er Kanal existiert schon lange. Die beiden schottis n Städte Glasgow und Edinburg, welche auf gleichen reitengrade liegen, die eine an der Westküste Schottla s, die andere an der Ostküste, sind seit 1790 durch en Kanal verbunden, dessen Länge 50 km beträgt. W n seiner ungenügenden Tiefe (3 m) und seinen 39 unpraktischen Schleussen, erweist dieser Kanal der heutigen Schiffahrt fast gar keine Dienste mehr, denn ein Dampfer von mittlerem Tonnengehalt braucht zwei Tage um ihn zu durchkreuzen. Deshalb scheint es ziemlich natürlich, dass die Schotten auch ihren Meerkanal haben wollen, wie die Deutschen ihren Nord-Ostsee-Kanal und die Amerikaner ihren Panamakanal. Die englische Schiffahrtkommission hat erklärt, dass Glasgow durch diese Kunstwasserstrasse zu Hamburg und den anderen grossen osteuropäischen Häfen bedeutend nähergerückt werden wird. Das schottische Kanalkomitee besteht aus Herzögen, Lords, darunter auch Lord Roberts, sowie aus den Oberhäuptern der Stadt Glasgow. In der Tat wird der Stadt Glasgow durch diese neue Meeresstrasse die bedeutendsten Vorteile zugute kommen. Besonders wird die grosse schottische Industrie- und Handelsmetropole mit den deutschen, russischen, skandinavischen, dänischen und holländischen Häfen in unmittelbare Verbindung gebracht. Von anderer Seite wieder sind die englische Osthäfen mit den irländischen direkt mittelst verkürzten Seeweg verbunden. Dies ist wenigstens der britisch Gesichtspunkt und scheint es auch der anderen dabei interessierten Nationen zu sein. Man weis, dass die transatlantischen Riesenschiffe und die Handelsdampfer auf ihren Amerikareisen den Aermelkanal passieren müssen und dass sie oft auf französischer Seite in Havre, Calais oder Cherbourg und auf englischer in Portmouth oder Southampton anlegen. Diese Zwischenlandungen würden nach Eröffnung des schottischen Forth-Clyde-Kanals in Wegfall kommen, wodurch die nordfranzösischen wie südenglischen Interessen recht empfindlich geschädigt werden. Doch braucht man sich heute darüber noch nicht zu beunruhigen. Von gewissen Gesichtspunkten aus ist dieses Projekt recht verführerisch. Der grossbritanische Imperialismus hat denselben seinem englischen Volk unter seinem vorteilhaftesten Aspekt vorgelegt. Da dieser Kanal jedenfalls internationalisiert wird, werden fremde Nationen recht mühelos genaue topographische Kenntnisse der englischen Küste erlangen. Dadurch könnte England national schwer geschädigt werden. Deshalb beabsichtigt die englische Regierung, die Seestation Rosyth am Forth zu einem gewaltigen Kriegshafen auszubauen. Es ist völlig unnötig zu sagen, dass eine solche Idee den Engländern missfallen könnte. Diese Kanalfrage jedoch hat noch einen recht wunden Punkt. Es handelt sich hier um den Kostenanschlag, den man auf 25 Millionen Pfund (500 Millionen *M*) geschätzt hat. In neun Jahren will man den Kanal auf eine Breite von 35 m und auf eine Tiefe von 12 m bringen, eine Operation, die, wenn sie glückt, Schottland ungeahnte neue Quellen zufliessen werden. Grossbritannien steckt aber infolge seiner enormen Flottenausrüstungen in hohen Schulden, und auch die grossen Schwierigkeiten der heutigen englischen Wirtschaftlage dürften wohl kaum dieses Kanalprojekt realisieren. Nichtsdestoweniger freut sich Frankreich, denn wenn der Kanal fertiggestellt wird, werden sämtliche deutschen Amerikalinien via Schottland verlegt werden, wodurch die französischen Schiffahrtgesellschaften sich neu entfalten können. Es ist nicht anzunehmen, dass die Amerikareisenden Westeuropas vielleicht auch Südenglands die lange und kostspielige Ueberfahrt nach Glasgow unter-

nehmen werden, um einen deutschen Transatlant zu erreichen. Das Gleiche trifft auch auf den Gütertransport wie -transit zu."

Gedanken über den Geldmarkt.

Die neuesten Siegestiraden der englischen und französischen Minister, sowie der Zuversichtsrummel der Vierverbandspresse, der zu der militärischen Lage so wenig zu passen scheint, haben neben ihrem besonderen Zweck, die Haltung der noch abseits stehenden Balkanmächte zu beeinflussen, zweifellos auch die wichtige Aufgabe, die bevorstehenden grossen Anleiheemissionen der Verbandsmächte vorzubereiten. In Frankreich ist die Ankündigung jetzt erfolgt und die Subskriptionseinladung wird alle Zeit als historisches Dokument für den Verfall des französischen Staatskredits gelten können, den der Krieg herbeigeführt hat. Der Bankier der Welt, der noch bis zuletzt vor dem Kriege wähnte, sich mit seinen Milliarden und einer durch ihre Anwendung inspirierten Politik jedes Schuldnerland der Erde zinspflichtig machen zu können und politisch zu bevormunden, das Land der „ewigen Rente", dessen Sparern noch bis einige Jahre vor dem Kriege die dreiprozentige französische Rente als unerschütterliches Wertfundament gegolten hatte, sieht sich heute veranlasst, zu Bedingungen zu borgen, deren sich mancher exotische Raubstaat schämen würde. Frankreich legt eine fünfprozentige Rente zur Zeichnung auf, die den Erwerbern bei sofortiger Vollzahlung mit $87^1/_4$% überlassen wird. Hierbei werden nach englischem Muster ältere Schatzscheine, $3^1/_2$%ige und 3%ige Renten ganz oder teilweise in Zahlung genommen, deren Anrechnung zu pari bezw. über dem gegenwärtigen Tageskurse den Ausgabepreis der neuen Anleihe tatsächlich noch billiger erscheinen lässt. Einen drastischeren Gegensatz zu den krampfhaften Zuversichtstönen der französischen Presse kann man sich schwer vorstellen. Es wird nun von Interesse sein, die Aufnahme der neuen Werte im französischen Volke zu beobachten, dessen Kapitalistenkreise bisher gegenüber dem Geldbedarf des Staates trotz des Phrasenschwalles der Presse und Regierung eine auffallende Skepsis bewahrt haben.

Auch Russland versucht wieder, die eintönige Geldbeschaffungsmethode durch hie Notenpresse durch eine Emission zu unterbrechen. Nach dänischen Zeitungen sollen eine Milliarde Rubel $5^1/_2$%ige Schatzscheine aufgelegt sein, deren Emissionskurs um etwa 95 liegen dürfte, während die Emissionsinstitute die Titres mit etwa 90% erhalten sollen. Wie es weiter heisst, sollen sich die Staatssparkassen an der Uebernahme beteiligen und sind auch die Privatbanken stärker herangezogen worden. Mit mehr oder weniger Druck scheint aber die Plazierung eines beträchtlichen Teils der Anleihesumme bereits durchgesetzt zu sein, ob diese Beträge aber bei den wirklichen Anlegern im Publikum Unterkunft finden werden, erscheint mehr als fraglich. Denn es erfordert von dem russischen Kapitalisten heute schon besonders blindes Vertrauen oder einen schwer zu überbietenden Grad von Patriotismus, wenn er sich bei der Kombination von Währungsverfall und Zerrüttung der Staatsfinanzen zur Zeichnung entschliessen soll. Die kurzfristige Verschuldung des Schatzes an die russische Staatsbank hat 3,3 Milliarden Rubel überschritten, der Notenumlauf des Instituts circa 5050 Millionen Rubel erreicht. Die Noten sind jetzt tatsächlich mit 31,8% in wirklich vorhandenem Golde gedeckt. Die höheren Ziffern, welche in Petersburg unter Hinzunahme des Postens „Gold im Auslande" errechnet werden, können vor einer kritischen Prüfung nicht bestehen, denn bei der gewaltigen Verschuldung der russischen Regierung an England ist jede Unze, welche an die Verbündeten gesandt wird, als endgültig dem Besitze der Sttaatsbank entzogen anzusehen.

Es ist daher von grosser Bedeutung, wenn gemeldet wird, dass Russland 400 Millionen Rubel Gold „leihweise" an London überlassen würde, tatsächlich werden diese auf Nimmerwiedersehen verschwinden. Vermutlich zeigt sich hier eine jener harten Bedingungen, die Herr Bark bei seinem Aufenthalt in London schlucken musste, um weiteren Kredit bei den Verbündeten zu erlangen. Mit dieser metallenen Sicherheit werden die Engländer nun die erweiterte Uebernahme russischer Schatzwechsel leichteren Herzens durchführen können. Ihre Leistung wird zunächst sein, die Zahlungen für Russlands Waffen und Rohproduktenbezüge in Amerika sicher zu stellen, sodann wird für den ausländischen Zinsendienst gesorgt werden müssen und schliesslich werden auch für den Devisenbedarf der russischen Privaten fürs erste einige Brocken abfallen. Die Aussicht hierauf hat dem Rubelkurs am Weltmarkt etwas Halt gegeben, ohne indes eine besondere Verbesserung herbeiführen zu können.

In England wird von der neuen Kriegsanleiheemission noch wenig gesprochen, und es scheint, als ob der Schatzkanzler sie gern nach Möglichkeit noch weiter hinausschieben möchte. Er versucht wenigstens durch Heraufsetzung des Diskontsatzes auf 5%, zu welchem der City die Schatzwechsel angeboten werden, den Absatz in diesen Papieren zu heben und den Bedarf des Fiskus auf diesem Wege zu finanzieren. Hierbei leitet ihn auch vermutlich die Tendenz, die Sätze in Lombardstreet hoch zu halten, um Amerika und anderen Neutralen Anreiz zur Geldanlage in London zu bieten. Nach derselben Richtung arbeitet auch die Bank of England, wenn sie von den Clearingbanken Gelder auf einen Monat fest mit $4^1/_2$% entleiht. Das eigentliche Problem für London bleibt noch immer die Frage der Wechselkurse, besonders die Gestaltung der Dollardevise. Hier ist jetzt von den vielen angekündigten Finanztransaktionen zur Hebung des Kurses eine einzige als vollzogen gemeldet worden: Acht Londoner Clearingbanken sollen gegen Hinterlegung von Wertpapieren bei der Bank of England einen Akzeptkredit von 50 Millionen Dollars in Newyork erhalten haben, und weitere derartige Vorschüsse sollen in Aussicht gestellt sein. Hierdurch ist der Kurs für Kabeltransfert etwas gestiegen (auf ca. 4,69); die Hoffnung einer baldigen Wiederherstellung der Goldparität (ca. 4,87), welche englische Blätter daran knüpfen, dürfte aber eitel sein, da das Handelspassivum des Vierverbandes, für das England einstehen muss, die Valuta auf die Dauer unfehlbar weiter entwerten muss. Das bei der Erholung des Kabeltransferts Newyork spekulative Einflüsse und künstliche

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:

Mittwoch, 24. November	*G.-V.:* Aug. Wegelin Akt.-Ges. f. Russfabrikation, Victoria-Werke Nürnberg, Eisengiesserei u. Schlossfabrik Velbert, Hannoversche Maschinenbau-Gesellsch. Egestorff, Bergschlossbrauerei u. Malzfabrik Brandt.
Donnerstag, 25. November	Ironage-Bericht. — *Reichsbankausweis.* — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Elektrische Licht- u. Kraftanlagen-Ges., Baroper Walzwerk, Neuwalzwerk Boesperde, Sächsische Maschinenfabrik Hartmann.
Freitag, 26. November	*G.-V.:* Düsseldorfer Eisenbedarf Carl Weyer.
Sonnabend, 27. November	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Schlesische Handelsbank, Gutehoffnungshütte, Ver. Deutsche Petroleumwerke, Telephonfabrik Akt.-Ges. vorm. Berliner, Stassfurter Chemische Fabrik Vorster & Grüneberg, Berlin-Neuroder Kunstanstalten, Ver. Thüringer Metallwarenfabrik, Hasper Eisen- u. Stahlwerk, Bayrische Maschinenfabrik vorm. Sebold, Sarotti Akt.-Ges., Schlesische Leinenindustrie Kramsta, Leipziger Pianofortefabrik Zimmermann, Brauerei Paulshöhe vorm. Spitta, Brauerei Germania Hamburg, Hofbrauhaus Hanau vorm. G. B. Nicolay, Berliner Akt.-Ges. f. Eisengiesserei u. Maschinenfabrikation.
Montag, 29. November	*G.-V.:* Concordia Chemische Fabrik auf Aktien Leopoldshall.
Dienstag, 30. November	*G.-V.:* Stolberger Zinkhütten, Peiner Walzwerk, Zuckerfabrik Fraustadt, Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Sentker, Optische Anstalt C. P. Goerz Akt.-Ges., Gasanstalt Gaarden, Erste Berliner Malzfabrik, Braunkohlen- u. Briketindustrie Akt.-Ges., Deutsche Post- u. Eisenbahn-Verkehrswesen-Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Westf.-Anhaltische Sprengstoff-Akt.-Ges.
Mittwoch, 1. Dezember	*Novemberausweise Grosse Berliner Strassenbahn, Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft, Elektrische Hoch- u. Untergrundbahn.* — *G.-V.:* Eisenhüttenwerk Keula, Deusche Gasglühlicht-Akt.-Ges. Auer.
Donnerstag, 2. Dezember	Ironage-Bericht. — *Reichsbankausweis.* — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Sächsische Waggonfabrik Werdau, Ludwig Hupfeld Akt.-Ges., Aktien-Bierbrauerei Hamburg.
Freitag, 3. Dezember	*Duurings-Kaffeestatistik.* — *G.-V.:* Emaillier- u. Stanzwerke vorm. Gebr. Ullrich, Portland-Cementfabrik Rombach.
Sonnabend, 4. Dezember	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Rombacher Hüttenwerke, Cöln-Müsener Bergwerks-Verein, Phönix Akt.-Ges. f. Braunkohlenverwertung, Riedinger Maschinen- u. Bronzewarenfabrik, Ver. Stralsunder Spielkarten-Fabriken Akt.-Ges., Schlossbrauerei Kiel Akt.-Ges., Cartonnagen-, Maschinen- u. Façonschmiede Akt.-Ges., Ver. Eisenbahnbau u. Betriebsgesellschaft.
Montag, 6. Dezember	*G.-V.:* Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Ges., Dellarocca Chemische Fabriken Akt.-Ges., Rhenania Ver. Emaillierwerke Akt.-Ges., Helios Elektrizitätswerke i. L, Deutsche Wollwarenmanufaktur Akt.-Ges., Schlesische Tuchfabriken R. Wolff.
Dienstag, 7. Dezember	*G.-V.:* Gardinenfabrik Plauen, Frankfurter Bierbrauerei-Ges. vorm. Heinrich Henninger & Sne., Schlesische Kohlen- u. Kokswerke.
	Ausserdem zu achten auf: Geschäftsberichte der Brauereien. Dividendenschätzungen für 1915. Verlosungen: 1. Dezember: Crédit foncier Egyptien 3% Obl. (1911), Bulgarische Rote Kreuz (1912), 2% Freiburger Staatsbank 100 Fr. (1895), $3^1/_2$% Köln-Mindener 100 Tlr. (1870), 4% Mein. Prämien-Pfandbr. (1871), $4^2/_3$% Neapeler 150 Lire (1868), Oesterreichische 100 Gld. (1864), Türkische 400 Fr. (1870). 5. Dezember: Crédit foncier de Fr. ($2^3/_5$ u. 3%) Comm.-Obl. (1879, 1880, 1891, 1899), desgl. 3% Pfandbr. (1909), 2% Pariser 500 Fr. (1898), desgl. 3% 300 Fr. (1912).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Mache eine starke Rolle spielen, lässt sich auch daraus ersehen, dass die englische Valuta in anderen neutralen Ländern, wie Holland, Skandinavien, wo diese „Bearbeitung" des Marktes fehlt, viel stärkeres Disagio hat, als in Newyork.

Am heimischen Geldmarkt ist die Flüssigkeit wieder allenthalben im Wachsen, tägliches Geld ist wieder reichlich vorhanden und wird mit ca. 4 % abgegeben, während der Diskont sich auf ca. $3^3/_4$ % stellt. Mangels genügenden Materials an privatem Papier hat sich das Interesse stärker bundesstaatlichen und kommunalen Schatzwechseln zugewandt, die etwas über dem Zinsniveau für privates Papier angeboten sind. Im Devisenmarkt herrschen weiter ziemlich gespannte Verhältnisse. In der letzten Zeit hat die schwedische und daran anschliessend auch die anderen skandinavischen Valuten wieder grosse Steigerungen zu verzeichnen, während Holland ruhiger lag. Auch Kabel Newyork erwies sich von neuem als fest. Die österreichisch-ungarische Devise schwächte sich jetzt nach Schluss der Kriegsanleihezeichnungen der Monarchie leicht ab. Russische Noten, deren Relation in den besetzten Gebieten bekanntlich auf M. 1,50 herabgesetzt wurde, gaben weiter nach.

Justus.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Russland und wir. Von Paul Rohrbach. Stuttgart 1915. Verlag von I. Engelhorns Nachf. Preis 1,— M.

Vorwort. — Agrarreform und auswärtige Politik in Russland. — Russland während des Krieges. — Wirtschaftliche Verhältnisse. — Innere Politik. — Ausblick. — Die baltische Frage. — Allgemeines. — Letten, Esten, Litauer. — Die deutsche Kolonisation. — Russischer Geist. — Verwundete Kriegsgefangene. — Brief eines deutschen Zivilgefangenen aus dem Innern Russlands. — Moskowitische Schandtaten in Ostpreussen.

Ein Wiener Landsturmmann. Kriegstagebuch - Aufzeichnungen aus Galizien. Von Sil-Vara. München 1915. Verlag von Hugo Schmidt. Preis geh 1,— M, geb. 1,50 M.

Städtischer Grundkredit und Tilgungshypothek. Bericht für die Immobiliarkredit-Kommission nebst einer Abhandlung über die Tilgungshypothek. Von Dr. Friedrich Schwartz. Direktor der Preussischen Central-Boden-kredit-Aktiengesellschaft. Regierungsrat a. D. Berlin 1915. Verlag der J. Guttentagschen Verlagsbuchhandlung. Preis 2,50 M.

Vorbemerkung. — Fragebogen über Erhebungen für den städtischen Immobiliarkredit. — Bericht zu dem Fragebogen. — Die Tilgungshypothek und der städtische Hausbesitz.

Während des Weltkrieges. Von E. Käthe König. Skizzen und Novellen einer Frau zur grossen Kriegszeit. Dresden 1916. Verlag von C. C. Meinhold Söhne. Preis geh. 1,—, geb. 1,50 M.

Ich rufe die Lebenden. — Schlachtmusik. — Aus unseren Tagen. — Deutschland, Deutschland über alles. — Hinaus, um zu sterben. — Das Wunder des Krieges. — Zeitbilder. — Sein Tod. — Der letzte Flug. — Und dann kam der Krieg. — Das mahnende Jetzt. — Auf Feldwache an der Aisne.

Die Front im Osten. Von Ludwig Ganghofer. Berlin 1915. Verlag von Ullstein & Co. Preis 1,— M.

Margret und Ossana. Von Georg Freiherrn von Ompteda. Berlin und Wien 1915. Verlag von Ullstein & Co. Preis 1,— M.

Hindenburgschläge. Hindenburg-Anekdoten. Von Joachim Francke. Mit einem Hindenburg-Märchen von Erwin Rosen. Stuttgart 1915. Verlag von Robert Lutz. Preis geh. 1,—, geb. 2,50 M.

Vorwort. — Unser Hindenburg. — Ein Soldatenleben. — Der Sieger in Ostpreussen und seine Kämpfer. — Der Sieger in Polen. — Der Generalfeldmarschall im Spiegel der Zeitung. — Die deutsche Dankbarkeit im Scherz.

Lesebuch zur Weltpolitik. Schulausgabe für die Oberklassen höherer Lehranstalten aller Art. Zusammengestellt und mit Anmerkungen von Dr. Hans Mähl. Stuttgart und Berlin. 1915. Verlag der J. G. Cottaschen Buchhandlung Nachf. Preis 1,— M.

Vorwort. — Auswärtige Politik Deutschlands im Zeitalter Bismarcks. — Die Entstehung des deutsch-österreichischen Bündnisses. — Das letzte Jahrzehnt Bismarckscher Politik. — Aus Bismarcks Reichstagsrede vom 6. Febr. 1888. — Das neue Deutschland unter Kaiser Wilhelm II. — Bismarck und die Politik seiner Nachfolger. — Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung. — Die weltpolitischen Bedingungen und die Entwicklung des deutsch-englischen Gegensatzes. — Russische Balkanpolitik und deutsch-türkische Freundschaft. — Der Krieg. — Die Ursachen und die weltgeschichtliche Bedeutung des Krieges. — Die Schuld Englands am Ausbruch des Weltkrieges und das Scheitern der deutschen Verständigungspolitik. — Um welche Güter kämpfen wir?

Klassisches Liederbuch. Griechen und Römer in deutscher Nachbildung. Von Emanuel Geibel. Schulausgabe mit Einleitung und Anmerkungen, herausgegeben von Dr. Heinrich Schmitt, Direktor des Gymnasiums und der Oberrealschule in Neumünster in Holstein. Stuttgart und Berlin 1915. Verlag der J. G. Cottaschen Buchhandlung Nachf. Preis 1,50 M.

Geibels Leben, seine Stellung zum klassischen Altertum und die Entstehung des „Klassischen Liederbuches“. — Die Lyrik der Griechen und Römer. — Griechische Lyriker. — Römische Elegien und Verwandtes. — Fünfzig Oden des Horaz. — Das wichtigste über die antike Metrik.

Bulgarien, Land, Leute und Wirtschaft zur Zeit des Balkankrieges. Von Dr. W. K. Weiss-Bartenstein. Leipzig 1913. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung, Th. Weicher. — Preis geh 4,50 M, geb. 5,50 M.

Territorium. — Sofia unter der Kriegsflagge. — Die Donaustädte. — Plewna. — Balkan-Skizzen. — Tirnovo. — Ueber den Schipkapass. — Durch die südbulgarische Ebene. — An den Gestaden des Schwarzen Meeres. — Von Sofia an die türkische Grenze. — Durch das Rilogebirge nach Philippopel. — Zum Kloster Batschkovo. — In den Felstriften des Rhodopegebirges. — Nach Sofia zurück. — Bulgarische Kunst und Volksseele. — Geschichtliche Skizze. — Kulturelle Entwickelung. — Landwirtschaft. — Forstwirtschaft. — Handel und Gewerbe. — Kredit- und Bankwesen. — Geldwesen und Staatswirtschaft. — Politische Organisation.

Vom Kriege gegen die deutsche Kultur. Ein Beitrag zur Selbsterkenntnis des deutschen Volkes. Von Dr. Oskar Fleischer, Professor an der Berliner Universität. Erstes bis fünftes Tausend. — Frankfurt a. M. 1915. Verlag von Heinrich Keller. Preis 1 M.

Diplomatisches Vorspiel. — Der Lügenkrieg. — Zivilisation. — Die Lateiner. — Wir Barbaren. — Das Wesen der deutschen Kultur. — Schluss. —

Das Märchen von der französischen Kultur. Von A. Lien. Herausgegeben von Dr. Franz Oppenheimer. Berlin 1915. Verlag von Karl Curtius. Preis 2,— M, geb. 3,— M.

Vorwort des Uebersetzers. — Einführung. — Das Dorf. — Die Stadt. — Die Volkschule. — Der Arbeiter. — Der Angestellte. — Der Seemann. — Der Ladenbesitzer. — Die „Vor den Toren“. — Die Oberklasse. — Männliche und weibliche Kultur in der Oberklasse. — Die Eleganz und das Geld. — Die, die man nicht sieht. — Die, die man sieht. — Liebe und Ehe. — Studenten und Hochschulen. — Bibliotheken. — Das Theater. — Neo-Katholizismus. — Schlusswort.

Bilanz-Analyse. Ein Führer durch veröffentlichte Bilanzen. Von Dr. Paul Gerstner. Zweite, neubearbeitete Auflage. Berlin 1915. Verlag der Haude und Spenerschen Buchhandlung Max Paschke. Preis 10 M.

Vorwort. — Voraussetzungen und Grundlagen: Begriff der Bilanzen. — Begriff, Wesen, Zweck und Bedeutung der Bilanzen. — Wesen und Technik der Finanzierung. — Die Veröffentlichung der Bilanzen und die Grundsätze der Bilanzierung: Die Vorschriften für die Veröffentlichung. Grundsätze für die Aufstellung und Struktur der veröffentlichten Bilanzen. — Grundsätze für den inneren Gehalt der Bilanzen. — Die aktiven Bilanzposten, ihr Wertansatz und ihre Bedeutung. — Allgemeine Bewertungsgrundsätze. — Die Betriebswerte. — Die Anlage-

werte. — Sonstige Aktivposten als Ergänzungsposten. — Die passiven Bilanzposten, ihre Bedeutung und ihr Wertansatz. — Begriff, Bedeutung und Gruppierung der Passivposten. — Begriff und Bedeutung der fremden Mittel. — Begriff und Bedeutung der eigenen Mittel. — Sonstige Passivposten als Ergänzungsposten. — Analytische Betrachtungen auf Grund der veröffentlichten Rechnungslegungen der Aktienvereine. — Analytische Betrachtungen von Bilanzen. — Allgemeines. — Das Verhältnis der Passivposten untereinander. — Das Verhältnis der Aktivposten untereinander. — Das Verhältnis der Aktiva zu den Passiva (Liquidität und Solvabilität). — Die Vermögensstatistik und ihre wirtschaftsanalytische Betrachtung. — Analytische Betrachtung von Gewinn- und Verlust-Rechnungen. — Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnungen — Die Erfolgsstatistik und ihre wirtschaftsanalytische Betrachtung. — Anwendung der analytischen Betrachtungen auf die Veröffentlichungen de- Feuer-Versicherungs-Aktiengesellschaften. — Allgemeine Bemerkungen über die Analyse von Versicherungsbilanzen. — Analytische Betrachtungen der Bilanzen von Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaften. — Die Frage der Rentabilität. — Die übliche unzutreffende Auffassung der privatwirtschaftlichen Rentabilität. — Der Standpunkt des Aktionärs und die finanzielle Rentabilität. — Die wirtschaftliche Rentabilität des Unternehmens als solches. — Anhang.

Grundriss der politischen Oekonomie. Von Dr. Eugen von Philippovich, Professor an der Universität Wien. Zweiter Band. Volkswirtschaftspolitik. Zweiter Teil, 5. revidierte Auflage. (Aus Handbuch des Oeffentlichen Rechts: Einleitungsband). Tübingen 1915. Verlag von I. C. B Mohr (Paul Siebeck). Preis geheftet 10.—, geb. 11,— *M.*

Vorwort zur 1.—5. Auflage. — Die Organisation und Politik der Verkehrsanstalten. — Die Bedeutung der Verkehrsmittel. — Die Leistungen und Wirkungen der Verkehrsmittel im allgemeinen. — Die Entwicklung der Verkehrsmittel bis zur Eisenbahn und Dampfschiffahrt. — Die Entwicklung der Eisenbahnen und Dampfschiffahrt. — Die Eisenbahnen. — Die Organisation der Eisenbahnen und ihre Politik. — Das Tarifwesen und die Tarifpolitik. — Die Tarifsysteme. — Die Tarifpolitik. — Die Binnenwasserstrassen. — Die Seeschiffahrt. — Die Organisation und Politik des Binnenhandels. — Der Warendetailhandel. — Wesen und Bedeutung des Handels — Die Bedeutung des Warendetailhandels. — Die Banken. — Die Börsen. — Einkommenspolitik. — Die Einkommenspolitik im allgemeinen. — Die Politik des Arbeitseinkommens. — Massregeln zur Sicherung von Einkommen. — Der Arbeitsnachweis. — Die Arbeitslosen-Fürsorge. — Die Versicherung der Arbeiter gegen die Folgen der Erwerbsunfähigkeit. — Die Aufgabe der Lohnpolitik. — Die wesentlichen Lohnformen und die freie Lohnbildung. — Systeme der Lohnbegünstigung. — Lohnsicherung und Fürsorge für den Reallohn. — Armenpolitik.

Internationale Verbindung der Gewerkschaften. Von Dr. Adolf Braun, Tübingen 1915. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Preis 0,60 *M.*

Die Krise des Internationalismus. — Die Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen. — Abwanderungstendenzen. — Die Arbeiterwanderungen. — Neuanknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen. — Arbeiter- und Unternehmerorganisationen. — Internationale wirtschaftliche Beziehungen. — Der Beginn der internationalen Arbeiterverbindung. — Die Reiseunterstützung. — Die Arbeitsvermittlung. — Streikprobleme. — Unterstützung ausländischer Streiks. — Internationale Agitation. — Die Schwierigkeiten der internationalen Gewerkschaftsbewegung. — Gegenseitige Beeinflussung der Gewerkschaften. — Internationale gewerkschaftliche Freizügigkeit. — Abweichende Unterstützungseinrichtungen. — Alle Gewerkschaften pflegen internationale Beziehungen. — Die Gewerkschaften und der Imperialismus. — Die gewerkschaftlichen Internationalen während des Krieges. — Die Aussichten nach dem Kriege.

Erster Bericht des Betriebswissenschaftlichen Institutes für Forschungen auf dem Gebiete des Betriebslebens über die Tätigkeit im Sommersemester 1914, Wintersemester 1914/15 und Sommersemester 1915. Mannheim 1915. Herausgegeben von der Handelshochschule Mannheim.

Der allgemeine Bericht. — Zweck und Aufgabe des Instituts. — Organisation des Instituts. — Abteilungsberichte. — Bericht des Reklamearchivs — Bericht der Abteilung für Betriebsorganisation. — Bericht der Literarischen Sammelstelle. — Betriebswissenschaftliches Seminar. — Literarische Arbeiten. — Schlusswort.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Aktien Bierbrauerei Allstedt zu Allstedt, Allstedt, 8. 12., —, 10. 11. ● Actien-Bierbrauerei, Hamburg, 2. 12., 1. 12., 15. 11. ● Actien-Bierbrauerei in Essen a. d. Ruhr, Essen, 1. 12., 30. 11., 8. 11. ● Actien-Bierbrauerei, Marienthal, Hamburg, 2. 12., 1. 12., 13. 11. ● Actien-Bierbrauerei Meißner Felsenkeller, Meißen, 4. 12., —, 12. 11. ● Actien-Bierbrauerei Soltau, Soltau, 6. 12., —, 18. 11. ● Aktien-Brauerei Altenburg Sinsheim B.-Baden, B.-Baden, 4. 12., 1. 12., 15. 11. ● Aktienbrauerei Eisenach, Eisenach, 6. 12., —, 12. 11. ● Actienbrauerei Gohlis, Leipzig-Gohlis, 29. 11., 25. 11., 3. 11. ● Actienbrauerei Ludwigshafen a. Rh., Ludwigshafen a. Rh., 27. 11., 26. 11., 10. 11. ● Actien-Brauerei Schönburch, Königsberg i. Pr. 3. 12., 30. 11., 26. 11. ● Aktienbrauerei Simmerberg, München, 4. 12., 1. 12., 28. 10. ● Actienbrauerei zum Stiftgarten, Dillingen a. O. D., 27. 11., 24. 11., 8. 11., ● Actien-Brauerei zum Prinz Carl von Bayern, Augsburg, 6. 12., 1. 12., 6. 11. ● Aktienbrauerei zur Krone, Ludwigsburg, 27. 11., 23. 11., 9. 11. ● A.-G. Bierbr[illegible] zum Löwen, Heilbronn a. N., 4. 12., 30. 1[illegible] A.-G. Böhmisches Brauhaus, Memel, 29. 11., 25. 11., 8. 11. A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen, Aachen, 30. 11., 16. 11., 30. 10. ● A.-G. für Bürsten-Industrie vorm. C. H. Roegner, Striegau i. Schl. und D. J. D. Dukas, Freiburg i. B., Breslau, 16. 12., 5. 12., 12. 11. ● A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial, Görlitz, 9. 12., 5. 12., 8. 11. ● A.-G. für Gardinenfabrikation vorm. F. J. Birkin & Co., Oelsnitz, 4. 12., —, 3. 11. ● A.-G. Gesellschaftshaus, Ludwigshafen a. Rh., 27. 11., —, 10. 11. ● A.-G. für Neuburger Kieselweiß in Bittenbrunn b. Neuburg a. D., Neuburg a. D., 26. 11., 23. 11., 8. 11. ● A.-G. für pharmazeutische Bedarfsartikel vorm. Georg Wenderoth, Cassel, 9. 12., 7. 12., 13. 11., ● A.-G. für Schlesische Leinenindustrie (vormals C. G. Kramstna & Söhne), Breslau, 27. 11., 23. 11., 28. 10. ● A.-G. Jesuitenbrauerei Regensburg, Regensburg, 29. 11., 27. 11., 26. 10. ● A.-G. Kostener Kreisbahnen, Kosten, 8. 12., 6. 12., 15. 11. ● A.-G. „Restaurant Gattersburg", Grimma, 29. 11., —, 10. 11. Amberger Bierbrauerei A.-G. (zum Franziskanerkloster), Amberg, 6. 12., —, 18. 11. ● Apparatebauan-

stalt und Metallwerke A.-G. (vorm. Gebr. Schmidt & Rich. Brauer), Weimar, 7. 12., 3. 12., 15. 11. • Arno und Moritz Meister A.-G., Erdmannsdorf in Sachsen, 4. 12., —, 10. 11. •

Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation Waghäusel, Mannheim, 4. 12., 30. 11., 6. 11. • Badische Lederwerke, Karlsruhe-Mühlberg, 25. 11., 22. 11., 3. 11. • Badische Uhrenfabrik A.-G., Furtwangen, 8. 12., 3. 12., 15. 11. • Franz Bahner A.-G., Düsseldorf, 6. 12., 2. 12., 10. 11. • Bautzener Brauerei und Mälzerei A.-G., Bautzen, 3. 12., 29. 11., 8. 11. • Bavaria-Brauerei Altona, Hamburg, 6. 12., 4. 12., 12. 11. • Bayrische Brauerei A.-G. vorm. Schmidt & Guttenberger, Walsheim-Gersheim, Zweibrücken, 9. 12., 3. 12., 15. 11. • Berliner A.-G. für Eisengießerei und Maschinenfabrikation, Charlottenburg, 27. 11., 26. 11., 8. 11. • Berliner Werzeugmaschinenfabrik A.-G. vorm. L. Sentker i. L., Berlin, 30. 11., 27. 11., 9. 11. • Berlin-Neuroder Kunstanstalten A.-G., Berlin, 27. 11., 23. 11., 30. 10. • Bierbrauerei „Bergschlößchen“ A.-G., Stade, 4. 12., —, 5. 11. • Bierbrauerei Durlacher Hof A.-G., vorm. Hagen, Mannheim, 4. 12., —, 16. 11. • Bierbrauerei-Gesellschaft am Huttenkreuz A.-G., Ettlingen, 10. 12., 7. 12., 12. 11. • Bierbrauerei Glauchan A.-G., Glauchan i. Sa., 27. 11., 27. 11., 8. 11. • Bleichert'sche Braunkohlenwerke Neukirchen-Wyhra A.-G. in Neukirchen, Leipzig, 30. 11., 26. 11., 4. 11. • Böhmisches Brauhaus A.-G. vorm. J. H. Bernecker, Insterburg, 4. 12., 1. 12., 30. 10. • Bonner Actien-Brauerei zu Bonn-Poppelsdorf, Bonn, 29. 11., —, 25. 10. • Braker Heringsfischerei A.-G., Brake i. O., 27. 11., 24. 11., 25. 10. • Brasilianische Bank f. Deutschland, Hamburg, 9. 12., 6. 12., 13. 11. • Brauerei A.-G. Diedenhofen-Nieder-Jentz, Nieder-Jentz, 6. 12., 3. 12., 15. 11. • Brauerei Englisch-Brunnen, Königsberg in Preußen, 7. 12., 6. 12., 9. 11. • Brauerei Gebr. Dieterich A.-G., Düsseldorf, 9. 12., 6. 12., 15. 11. • Brauerei Germania, Hamburg, 27. 11., 26. 11., 27. 10. • Brauerei Iserlohn A.-G. Grüne bei Iserlohn, Iserlohn, 10. 12., —, 16. 11. • Brauerei Kempff A.-G., Frankfurt a. M., 6. 12., 2. 12., 12. 11. • Brauerei Paulshöhe vorm. A. Spitta, Schwerin i. M., 27. 11., 23. 11., 2. 11. • Brauerei zum Felsenkeller bei Dresden, Dresden, 4. 12., —, 8. 11. • Brauerei Stern A.-G., Frankfurt a. M., 6. 12., 2. 12., 12. 11. • Brauerei W. Schnitzler A.-G. Hemmerden, Düsseldorf, 3. 12., 29. 11., 15. 11. • Brauhaus Hammonia A.-G., Hamburg, 3. 12., 1. 12., 13. 11. • Brauhaus Würzburg, Würzburg, 7. 12., 5. 12., 15. 11. • Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G., Berlin, 30. 11., 26. 11., 3. 11. • Brennerei Osterland A.-G., Gera-Reuß, 26. 11., —, 4. 11. • Bruch & Cie., A.-G. vorm. F. A. Frisch, Insterburg, 26. 11., 21. 11., 1. 11. • Bürgerliches Brauhaus in Ham-Düsseldorf, 2. 12., —, 8. 11. • Bürgerl. Brauhaus burg, Hamburg, 27. 11., 23. 11., 8. 11. • Butzbach-Licher Eisenbahn-A.-G., Butzbach, 4. 12., 30. 11., 9. 11.

Cementbau-A.-G., Hannover, 27. 11., — 4. 11. • Cartonagen-Maschinenindustrie und Faconschmiede A.-G., i. L., Berlin, 4. 12., 30. 11., 9. 11. • Collet & Engelhard, Werkzeugmaschinenfabrik A.-G. Offenbach-Main, Frankfurt a. M., 3. 12., 29. 11., 10. 11. • Cöln-Müsener Bergwerks-Aktien-Verein, Cöln, 4. 12., 26. 11., 28. 10. • Concordia, chemische Fabrik auf Aktien Leopoldshall, Berlin, 29. 11., 26. 11., 8. 11. • Continentale Versicherungsgesellschaft, Mannheim, 30. 11., 22. 11., 2. 11. • Continental-Telegraphen-Compagnie A.-G., Berlin, 10. 12., 7. 12., 13. 11. • Crostitzer Kleinbahn-A.-G., Delitzsch, 1. 12., —, 30. 10.

Dampf-Bier-Brauerei der Stadt Einbeck A.-G., Einbeck, 8. 12., 5. 12., 6. 11. • Dellarocca, Chemische Fabriken A.-G., Berlin, 6. 12., 30. 11., 12. 11. • Deutsche Gasglühlicht A.-G. (Auergesellschaft), Berlin, 1. 12., 26. 11., 10. 11. • Deutsche Petroleum A.-G., Berlin, 8. 12., 4. 12., 16. 11. • Deutsche Post- und Eisenbahn-Verkehrswesen-A.-G. (Dapag-Efubag.), Berlin, 30. 11., 26. 11., 5. 11. • Deutsche Spitzenfabrik A.-G., Leipzig, 26. 11., —, 6. 11. • Deutsche Wollwaren-Manufaktur A.-G., Grünberg i. Schl., 6. 12., 3. 12., 15. 11. • Disconto-Bank, Berlin, 4. 12., 26. 11., 12. 11. • Dortmunder Bürgerbräu A.-G., Dortmund, 27. 11., 24. 11., 1. 11. • Dortmunder Hansa-Brauerei A.-G., Dortmund, 10. 12., 6. 12., 18. 11. • Druiden-Logenhaus A.-G., Berlin, 26. 11., —, 30. 10. • Düsseldorfer Eisenbahnbedarf vorm. Carl Weyer & Co., Düsseldorf, 26. 11., 20. 11., 22. 10. • Düsseldorfer Eisenhüttengesellschaft, Düsseldorf, 9. 12., 2. 12., 15. 11.

Eisenbahn-Bank, Frankfurt a. M., 10. 12., 7. 12., 18. 11. • Eisenhütten- und Emaillierwerk Walterhütte A.-G., Nikolai O. S., 6. 12., —, 13. 11. • Eisenhüttenwerk Keula bei Muskau A.-G., Berlin, 1. 12., —, 27. 10. • Eisenwerk Weserhütte A.-G., Bad Oeynhausen, 27. 11., 23. 11., 4. 11. • Elektrizitätswerk Misdroy, Bremen, 3. 12., 30. 11., 12. 11. • Emaillier- und Stanzwerke vorm. Gebr. Ullrich Maikammer bei Rheinpfalz, Maikammer, 3. 12., 27. 11., 8. 11. • Erste Berliner Malzfabrik A.-G., Berlin, 30. 11., 26. 11., 4. 11. • Exportbierbrauerei Aug. Peter A.-G., Königsee, 3. 12., 30. 11., 5. 11. •

Farbwerke A.-G., Düsseldorf, 2. 12., —, 8. 11. • Alb. Fesca & Co., Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G., Berlin-Reinickendorf, Berlin, 6. 12., 3. 12., 13. 11. • Flensburger Aktien-Brauerei-Gesellschaft, Flensburg, 1. 12., 29. 11., 23. 10. • Frankenstein-Münsterberg-Nimptscher Kreisbahn A.-G., Frankenstein i. Schl., 7. 12., 2. 12., 12. 11. • Frankfurter Bierbrauerei-Gesellschaft vorm. Heinrich Henninger & Söhne, Frankfurt a. M., 7. 12., 2. 12., 8. 11. • Frankenhäuser Actien-Brauerei, Frankenhausen/Kyffh., 28. 11., 23. 11., 2. 11. • Frankenthaler Brauhaus, Frankenthal, 26. 11., —, 4. 11. •

Gasanstalt Gaarden A.-G. Gaarden-Kiel, Kiel, 30. 11., 20. 11., 5. 11. • Gasanstalt Mügeln A.-G., Mügeln, 29. 11., —, 9. 11. • Gas- und Elektrizitätswerke Griesheim bei Darmstadt A.-G., Bremen, 7. 12., 4. 12., 18. 11. • Gas- und Elektrizitätswerke Wittenberg (Mecklb.) A.-G., Bremen, 6. 12., 3. 12., 16. 11. • Gemeinnützige Baugesellschaft Keula A.-G., Berlin, 1. 12., —, 27. 10. • Grieendsoeen Torfstreu A.-G., Cöln, 29. 11., —, 5. 11. • Gütersloher Brauerei A.-G., Gütersloh, 1. 12., —, 30. 10. • Gutehoffnungshütte Actienverein für Bergbau und Hüttenvertrieb, Oberhausen/Rhld., 27. 11., 22. 11., 25. 10.

Haiger Hütte A.-G. Haiger (Dillkreis), Cöln, 27. 11., 23. 11., 4. 11. • Harburger Actien-Brauerei, Harburg, 7. 12., 1. 12., 15. 11. • Harburger Mühlenbetrieb, Harburg, 29. 11., 25. 11., 8. 11. • Hasper Eisen- und Stahlwerk, Haspe i. W., 27. 11., 22. 11., 1. 11. • Heidelberger Aktienbrauerei vorm. Kleinlein, Heidelberg, 27. 11., 23. 11., 1. 11. • Helios Elektrizitäts-A.-G. i. L., Cöln, 6. 12., 30. 11., 2. 11. • Hofbierbrauerei Hanau A.-G., Hanau, 2. 12., 30. 11., 27. 10. • Hofbrauhaus Hanau vorm. G. Ph. Nicolai, Hanau, 27. 11., —, 1. 11. • Hofer Bierbrauerei A.-G., Deininger-Kronenbräu, Hof i. B., 8. 12., 4. 12., 3. 11. • Hohenzollern-A.-G. für Lokomotivbau, Düsseldorf, 26. 11., 19. 11., 2. 11. • Hofbräuhaus Saarbrücken A.-G. vorm. C. Stille, Saarbrücken, 10. 12., 6. 12., 15. 11. • Hoyer's Brauerei, Oldenburg, 4. 12., —, 30. 10.

Jüterboger Straßenbahn-A.-G., Jüterbog, 9. 12., 8. 12., 12. 11. •

Kalker Brauerei vorm. Jos. Bardenheuer, Cöln-Kalk, 2. 12., —, 6. 11. • Kartomat A.-G. für Apparatebau i. L., Berlin,

30. 11., 27. 11., 8. 11. • Kleinbahn A.-G. Jauer—Maltsch, Jauer, 10. 12., 6. 12., 12. 11. • Klosterbrauerei Oldenburg A.-G., Oldenburg i. Gr., 6. 12., 2. 11., 15. 11. • Kölner Castans Panopticum A.-G., Cöln, 27. 11., 21. 11., 3. 11. • Königsberger Theater A.-G., Königsberg i. Pr., 8. 12., 7. 12., 6. 11. • Kreuzburger Zuckerfabrik, Breslau, 27. 11., 23. 11., 20. 10. • Kriegsleder A.-G., Berlin, 29. 11., —, 10. 11.

Landwirtschaftliche Zentral- Darlehnskasse für Deutschland, Berlin, 8. 12., 4. 12., 3. 11. • Leipziger Krystall-Palast A.-G., Leipzig, 29. 11., 26. 11., 10. 11. • Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann A.-G., Leipzig, 27. 11., 25. 11., 2. 11. • Leipziger Spritfabrik, Leipzig, 27. 11., —, 8. 11. • Limbacher Warenvermittlungs-A.-G., Limbach i. Sa., 28. 11., —, 12. 11.

Mahn & Ohlerich Bierbrauerei A.-G. zu Rostock in Mecklenburg, Rostock, 8. 12., 7. 12., 15. 11. • Mannheimer Aktien-Brauerei „Löwenkeller", Mannheim, 1. 12., 26. 11., 1. 11. • Mannheimer Versicherungsgesellschaft, Mannheim, 30. 11., 26. 11., 2. 11. • Maschinenbau A.-G. Mark-Redwitz vorm. Heinrich Rockstroh, Dresden, 30. 11., 25. 11., 29. 10. • Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Augsburg, 7. 12., 2. 12., 8. 11. • Maschinenfabrik Turner A.-G., Frankfurt a. M., 4. 12., 30. 11., 4. 11. • Mühlburger Brauerei vorm. Freiherrl. von Seldeneck'sche Brauerei, Karlsruhe, 2. 12., 29. 11., 5. 11. • Mühlheim-Niedermendiger Aktien-Brauerei und Mälzerei vorm. Börsch & Hahn, Cöln-Mühlheim, 10. 12., 7. 12., 4. 11. • Münchener Brauhaus A.-G., Berlin, 29. 11., 25. 11., 6. 11.

National-Aktien-Brauerei Braunschweig vorm. F. Jürgens, Braunschweig, 7. 12., 4. 12., 8. 11. • Neu Selterser Mineralquelle A.-G. Selters a. d. Lahn, Wiesbaden, 4. 12., 30. 11., 15. 11. • Neue Spinnerei Colmar A.-G., Colmar, 27. 11., 23. 11., 5. 11. • Norddeutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft i. L., Hamburg, 30. 11., 27. 11., 3. 11. • Norddeutsche Waggonfabrik A.-G., Bremen, 10. 12., 8. 12., 18. 11. • Nürnberger Sodafabrik A.-G. Nürnberg, Augsburg, 9. 12., —, 27. 10.

Oberbayrische Zellstoff- und Papierfabriken A.-G. Aschaffenburg, Frankfurt a. M., 10. 12., 7. 12., 18. 11. • Oberbilker Maschinenfabrik A.-G., Düsseldorf, 9. 12., 3. 12., 8. 11. • Ohlauer Kleinbahn-A.-G., Ohlau, 7. 12., 4. 12., 30. 10. • Optische Anstalt C. P. Goerz A.-G., Berlin-Friedenau, 30. 11., —, 12. 11., • F. W. Otto, Malzfabrik Hildesheim A.-G., Hildesheim, 27. 11., 26. 11., 9. 11.

Papierfabrik Kirchberg A.-G., Kirchberg bei Jülich, Cöln, 4. 12., 30. 11., 15. 11. • Peiner Walzwerk, Groß-Ilsede, 30. 11., 25. 11., 15. 11. • Pfalzbrauerei vorm. Geisel & Mohr A.-G., Neustadt a. H., 9. 12., 2. 12., 15. 11. • Phoenix A.-G. für Braunkohlenverwertung, Berlin, 4. 12., 1. 12., 10. 11. • Pillkaller Kleinbahn A.-G., Königsberg i. Pr., 4. 12., 30. 11., 1. 11. • B. Pollack A.-G. Waltershausen Herzogtum Gotha, Gotha, 27. 11., 24. 11., 5. 11. • Portland-Cementwerk Rombach Li. Lothr., Rombach i. Lothr., 3. 12., 29. 11., 15. 11. • Carl Prinz A.-G. f. Metallwaren in Wald-Rhld., Düsseldorf, 6. 12., 2. 12., 12. 11.

E. M. Raetz A.-G., Cöln-Merheim, 30. 11., 20. 11., 1. 11. • Rastenburger Brauerei A.-G. Rastenburg Ostpr., Königsberg Pr., 4. 12., 3. 12., 18. 11. • Wilhelm Rauchfuß Brauereien Halle und Giebichenstein A.-G., Halle a. S., 4. 12., 1. 12., 6. 11. • Rheinischer Aktien-Verein für Zuckerfabrikation, Cöln, 4. 12., 26. 11., 6. 11. • Rhenania Vereinigte Emallier-Werke A.-G., Düsseldorf, 6. 12., 30. 11., 12. 11. • L. R. Riedinger-Maschinen- und Broncewaren-Fabrik A.-G., Augsburg, 4. 12., 30. 11., 9. 11. • Rottweiler Pfauenbrauerei A.-G., Stuttgart, 8. 12., 4. 12., 8. 11. • Julius Römpler A.-G., Dresden, 4. 12., 28. 11., 10. 11. • Rombacher Hüttenwerke, Rombach i. Lothr., 4. 12., 30. 11., 12. 11.

Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann A.-G., Chemnitz, 25. 11., —, 8. 11. • Sächsische Waggonfabrik Werdau A.-G., Dresden, 2. 12., 28. 11., 10. 11. • Salpeterwerke Augusta Victoria A.-G., Bremen, 10. 12., 8. 12., 15. 11. • Sanatorium Elisabethenberg A.-G. in Elisabethenberg. Gemeinde Waldhausen, Württbg., Stuttgart, 10. 12., 6. 12., 13. 11. • „Sarotti" Chokoladen- und Cacao-Industrie A.-G., Berlin-Tempelhof, 27. 11., 23. 11., 29. 10. • G. Seebeck A.-G., Schiffswerft, Maschinenfabrik und Trockendocks, Geestemünde, 8. 12., 4. 12., 18. 11.

Schlesiche Handelsbank A.-G., Breslau, 27. 11., 24. 11., 25. 10. • Schlesische Kohlen- und Kokswerke, Wien, 7. 12., 22. 11., 8. 11. • Schlesische Tuchfabrik R. Wolff A.-G., Grünberg i. Schles., 6. 12., 3. 12., 15. 11. • Schloßbrauerei Brühl A.-G., Brühl, 6. 12., —, 8. 11. • „Schloßbrauerei" Kiel A.-G., Kiel, 4. 12., 30. 11., 12. 11. • Schmöllner Aktien-Brauerei, Schmölln S.-A., 6. 12., 3. 12., 9. 11. • Schrödelsche Brauereigesellschaft, Heidelberg, 27. 11., 24. 11., 10. 11. •

Staßfurter Chemische Fabrik vorm. Vorster & Grüneberg A.-G., Berlin, 27. 11., 24. 11., 26. 10. • Steinhuder Meer-Bahn, Bad Rehburg, 26. 11., 24. 11., 26. 10. • Striegauer Porzellanfabrik A.-G. vorm. E. Walter & Co., Striegau, 29. 11., 24. 11., 3. 11. • Stuttgarter Bau-A.-G., Stuttgart, 10. 12., 5. 12., 12. 11.

Tapetenfabrik Peuseler & Sohn, Nachf. A.-G., Lüneburg, 29. 11., —, 13. 11. • Telephon-Fabrik A.-G. vorm. J. Berliner, Dresden, 27. 11., —, 8. 11. Thüringische Elektrizitäts- und Gaswerke A.-G. in Apolda, Dresden-A., 27. 11., 23. 11., 27. 10. • Tilsiter Aktien-Brauerei, Tilsit, 29. 11., 24. 11., 4. 11. Trier Walzwerke A.-G., Trier, 27. 11., 21. 11., 6. 11. • Triumph Werke Nürnberg A.-G., Nürnberg, 9. 12., 3. 12., 15. 11.

Ueberlandzentrale Stettin A.-G., Stettin, 26. 11., 26. 11., 3. 11. • Ueberlandcentrale Stolp A.-G., Stolp i. Pomm., 30. 11., 24. 11., 13. 11. • Uhrenfabrik vorm. L. Furtwängler Söhne A.-G., Furtwangen, 8. 12., 5. 12., 30. 10. • Ulmer Brauerei-Gesellschaft, Ulm, 8. 12., 4. 12., 16. 11.

Verein d. Kgl. Sammlung für deutsche Volkskunde, 5. 12., —, 6. 11. • Vereinigte Brauereien A.-G., Gumbinnen, 30. 11., 26. 11., 4. 11. • Vereinigte Cichorienfabriken A.-G. (A. F. C. Kallmeyer), Oltaschin, 2. 12., —, 28. 10. • Vereinigte Deutsche Petroleumwerke A.-G., Berlin, 27. 11., 24. 11., 9. 11. • Vereinigte Eisenbahnbau- und Betriebs-Gesellschaft, Berlin, 4. 12., 29. 11., 12. 11. • Vereinigte Fichtelgebirgs- Granit-, Syneit- und Marmorwerke A.-G., Wunsiedel, 27. 11., 23. 11., 29. 10. • Vereinigte Hammer Herd- und Ofenfabriken A.-G., Hamm i. Westf. 29. 11., 25. 11., 5. 11. • Vereinigte St. Georgen und Feldschlößchen-Brauerei A.-G., Sangerhausen, 27. 11., —, 9. 11. • Vereinigte Stralsunder Spielkarten-Fabriken A.-G., Stralsund, 4. 12., 1. 12., 13. 11. • Vereinigte Thüringer Metallwarenfabriken A.-G. Mehlis, Gotha, 27. 11., 23. 11., 1. 11. • Vereins-Bier-Brauerei zu Leipzig, Leipzig, 29. 11., —, 6. 11. • Vereinsbrauerei A.-G., Hofgeismar, 29. 11., 24. 11., 8. 11. • Vereins-Brauerei Herrenhausen-Hannover, Herrenhausen, 8. 12., 7. 12., 16. 11. • Vereinsbrauerei Jüterbog A.-G., Jüterbog, 4. 12., 4. 12., 9. 11. • Vereinsbrauerei zu Greiz, Dresden, 4. 12., —, 18. 11. • Vereinsbrauerei zu Zwickau, Zwickau, 29. 11., 29. 11., 30. 10.

Warsteiner Gruben- und Hüttenwerke, Warstein, 7. 12., 3. 12., 8. 11. • Weberei Mulda A.-G. zu Mulda, Freiburg i. S., 27. 11., 24. 11., 27. 10.

Zuckerfabrik Fraustadt, Fraustadt, 30. 11., 26. 11., 9. 11. • Zündhütchen- und Patronenfabrik vorm. Sellier & Bellot, Prag I, 5. 12., 27. 12., 16. 11.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: M. Rönner in Berlin-Schöneberg